Mittag-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 803.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 15. November.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Vom Landtage.

9. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 13. November, 11 Uhr. Am Ministertisch Maybach, Bitter, Friedberg, von Puttkamer, v. Boetticher und Lucius mit zahlreichen Kommissarien. Die Tribünen sind, wie gestern, überfüllt.

Eingegangen ist ein Gesetzentwurf zur Abänderung und Ergänzung des Gesetzes betreffend die Erweiterung, Umwandlung und Neuerrichtung von Wittwen- und Waisenkassen für Elementarlehrer vom 22. Dezember 1869.

Die erste Berathung des Staatshaushaltsetats für 1881/82 und des Antrags Richter wird fortgesetzt.

Abg. Rickert erklärt sich gegen die Ueberweisung des Etats der Eisenbahnverwaltung an eine besondere technische Kommission, da es sich zunächst nur um die finanzielle Prüfung dieses Etats handelt. Sodann wendet er sich gegen die gestrige Aeußerung v. Heyden's, Richter habe wenig vom Etat gesprochen, er aber sei in letzter Zeit nicht in Volksversammlungen gewesen und werde nur sagen, was in die Etatsberathung gehört. Hat Richter denn gestern Dinge erörtert, die sich für Volksversammlungen, aber nicht für Volksvertretungen eignen? (Ja! rechts.) Mögen doch die Herren sich von ihrem intimen Fraktionsgenossen Stöcker unterrichten lassen, was man in Volksversammlungen vorbringt! Seit 1878 treiben Sie hier und die „Provinzialkorrespondenz" eine Politik, die auf nichts anderes gerichtet ist, als um „den Anschauungen der Bevölkerung Rechnung zu tragen", wie der Finanzminister sich euphemistisch ausdrückte, namentlich vor den Wahlen; nach den Wahlen pflegt eine andere Tonart einzutreten. Angriffe, wie der gestrige des Herrn v. Heyden gegen Camphausen könnten in einer Volksversammlung nicht gemacht werden, ohne eine Erwiderung hervorzurufen. Auch in dem stenographischen Bericht seiner Rede, den die „Nordd. Allge. Zeitung" bringt, nimmt der Etat noch nicht zwei von nahezu sechs Spalten ein. Der Rest handelt von Steuer-, Finanz-, Wirthschafts- und Reichspolitik. Und das ist die natürliche Folge dieser Politik, die das Reich mit den Finanzen der Einzelstaaten, jetzt leider sogar auch mit denen der Kommunen verquickt. Auch der Finanzminister sprach nur wenig vom Etat, er hatte mehr zu thun: er mußte entwickeln, warum das Reich 110 Mill. M. neue Steuern braucht und warum dann der arme Mann entlastet werden soll.

Mit Schmerz hat mich der Angriff des Abg. v. Heyden gegen Camphausen erfüllt. Als Falk im Amt war, wie haben Sie ihn mit Lob überschüttet und den großen Staatsmann gerühmt, der eine neue Aera auf dem Gebiet der Schule und der Kirchenpolitik einleitete. (Lachen rechts.) Als er nicht mehr Minister war, da waren Sie die Ersten, die ihn auf's Heftigste angriffen, und wir mußten ihn schützen, obwohl er nicht unser Parteigenosse, sondern Mitglied der Freikonservativen. „Man ist sich darüber klar, wer die Milliarden hat verschwinden lassen, sagte Herr v. Heyden gestern in Bezug auf Camphausen, man weiß, wer dem Aktienschwindel die Wege geebnet hat; man wird diese Verhältnisse nicht verwischen, die Leute im Lande sind darüber klar." Ich habe zu viel Ruhe und Kaltblütigkeit, um auf diesen Angriff so zu antworten, wie er es verdient. Aber kann der Abg. v. Wedell (Malchow), der Fraktionsgenosse v. Heydens, damit einverstanden sein, er, der die Finanzpolitik Camphausens so oft in schöner Rede vertheidigt hat? Und die hier anwesenden Räthe am Regierungstisch, die noch unter Camphausen gearbeitet haben, welches Zeugniß müssen sie in ihrem Innern ablegen? In keiner Volksversammlung dürfte man dergleichen sagen. Die von Frankreich gezahlten 1397 Millionen Thaler sind im Kriegsministerium verschwunden mit Ausnahme einer Summe, von der auf Preußen 133 Millionen entfielen, und ich habe keinen Vorwurf gegen irgend eine zum Schutz der Sicherheit des Landes getroffene Maßregel. Von der auf Preußen entfallenen Rate sind 1873 bis 75 78½ Millionen Mark zur Tilgung von Schulden und 218 Millionen zu Eisenbahnbauten verwendet. Da sind die Milliarden geblieben und Herr v. Wedell hat diese Verwendung damals sehr lebhaft unterstützt. An der Eisenbahnfrage ist Camphausen zu Grunde gegangen. Bismarck erklärte öffentlich, daß er mit ihm nicht habe auskommen können, da er ihn Schritt für Schritt in der Ausführung der Reichseisenbahnidee behinderte und zwar in einer Form, die, wie der Reichskanzler sich ausdrückte, den Charakter einer persönlichen Kränkung annahm. Unter Camphausen wurden 415 Millionen Staatsschulden getilgt, dagegen 900 Millionen für neue Eisenbahnbauten ausgegeben. Widerwillig ging Camphausen an die Sache heran, die Rechte trat für den Bau von Berlin-Wetzlar ein, und Richter und ich erklärten schon damals, daß unsere Eisenbahnwirthschaft seit 10 Jahren der Grund der Verwirrung unserer Finanzen und des Defizits sei. Man denke nur an die Verzinsung dieser 900 Millionen. Der Minister Camphausen hat auch einen Steuererlaß gebracht, ohne fortwährend von Entlastung des armen Mannes zu sprechen, aber es war eine wirkliche Entlastung, der keine Belastung gegenüberstand. Unter seiner sogenannten „Mißwirthschaft" wurden 35½ Millionen an Steuern erlassen, das Chausseegeld (5 Millionen) aufgehoben, 9 Millionen Klassensteuer erlassen und 11 Millionen Dotationen den Provinzen und Kreisen gewährt. Haben Sie das Alles vergessen? Und Camphausen soll dem Aktienschwindel die Wege geöffnet haben! Seit langer Zeit war der Börse kein Minister verhaßter als er — die Börsenblätter haben es zur Genüge bewiesen — denn er kannte das Geschäft und wußte, wie man dem Schwindel entgegentritt. Hätte ein Mann, wie er, bei der Verstaatlichung der Eisenbahnen dem zugestimmt, daß die haute volée der Börse an diesem Staatsgeschäfte Millionen verdiente? Er hätte das verhindert und den Staat gegen Nachtheil geschützt.

Herr von Heyden spricht auch mehrfach von der Besserung im Etat in Folge der neuen Wirthschaftspolitik, nachdem die alte durch Aufhebung vieler Zölle und die Meistbegünstigungsklausel unser Land der Einfuhr offen gelegt habe, während das Ausland sich gegen die Einfuhr unserer Produkte verschloß. Wo wären wir, sagte er, ohne die neue Zollpolitik geblieben? Sie hat uns gerettet. Da erinnere ich an eine Aeußerung des Abg. v. Köller vom November 1878 kurz vor dem Dezemberbrief des Kanzlers: „Man sagt uns, wenn wir nur erst die Zölle haben werden, wird es besser werden. Nun, m. H., alles kann ich verstehen, aber dieses nicht. Ich bin für indirekte Steuern, weil ich sie zur Erfüllung des finanziellen Bedürfnisses für nöthig halte. Aber zu meinen, daß indirekte Steuern und Zölle die wirthschaftliche Lage des Landes verbessern, das fasse ich nicht." Herr v. Heyden hat es gefaßt. (Heiterkeit.) Also die alte Zollpolitik Delbrück-Camphausen, bei der der Reichskanzler damals noch der Dritte im Bunde war, hat das ganze Unglück gebracht. Allerdings führten wir an Verzehrungsgegenständen mehr ein als aus; aber an Fabrikaten betrug trotz der verschlossenen Grenzen des Auslandes 1872 die Einfuhr 348, die Ausfuhr 846 Millionen; 1873: die Einfuhr 407, die Ausfuhr 760 Millonen; 1874: 405 gegen 755 Millionen; 1875: 373 gegen 777 Millionen; 1876: 342 gegen 746 Millionen; 1877: 312 gegen 775 Millionen; in dem denkwürdigen Jahr 1878: die Einfuhr 287, also um 40 Prozent heruntergegangen, die Ausfuhr 829 Millionen, also um 50 Millionen mehr in einem Jahr. Und dabei ist die offizielle Statistik in Bezug auf die Einfurhr sehr genau, in Bezug auf die Ausfuhr nicht, die letztere ist daher in Wirklichkeit erheblich größer. Auch die von Herrn v. Heyden erwähnte Zunahme des Ertrages der Einkommensteuer von 1870—78, also in der Zeit vor der neuen Wirthschaftspolitik spricht für uns; schon unter Camphausen habe ich davor gewarnt, so schwarz in die Zukunft zu sehen, ich bleibe auch heute dabei, daß das Vermögen des Volkes sich thatsächlich vermehrt hat und wir wären schon jetzt aus dem Defizit heraus, wenn nicht der Reichskanzler mit rauher Hand in die natürliche Entwickelung hineingegriffen hätte. Wir haben seitdem für 9 Millionen Eisenbahnen gebaut. Der Abg. v. Heyden findet es erfreulich, daß von 1874 bis 1878, also vor der Zollpolitik, die Sparkasseneinlagen von 1480 Millionen auf 2 Milliarden Mark gestiegen seien. Sowie sich die Herren auf das Gebiet der Zahlen begeben, beweisen sie für uns. Bis jetzt haben wir noch keine gehört, die für Sie beweisen. (Sehr richtig! links.) Was den Etat betrifft, so hat der Minister wenig über das Innere desselben gesprochen. Man weiß nicht, ob die gegebenen Ziffern nur kalkulatorische sind oder dabei auch die Dinge angezogen sind, die in der materiellen Auffassung angezogen werden müssen. Es ist erschreckend, wenn man gar keine Reserve hinter sich legt, sondern nur die Staatsschuld vermehrt und der feste Kern der direkten Steuern dagegen immer mehr schwindet. Ich vermisse nun besonders in dem Etat den Nachweis, wie die 110 Millionen, die der Minister vom Reiche haben will und ohne die keine Steuerreform, kein Steuererlaß kommen soll, aufgebracht werden sollen. Wir haben jetzt an direkten Steuern 146 Mill. M., 37 Mill. M. sind davon bereits an die Provinzen und für die Kreise vergeben, davon will ferner der Minister 64 Mill. M. weiter abziehen, so daß wir im Ganzen ein direktes Steuersystem von 35 Mill. M. bei einer Einnahme von 950 Millionen Mark haben. Meine Herren, das ist der feste Kern. Sind erst einmal die Illusionen über die Wirthschaftspolitik des Reichskanzlers vorüber, so wird eine schwere Ernüchterung kommen. Wenn der Finanzminister sagt, das Verwendungsgesetz zwinge ihn zum Steuererlaß, so weiß ich nicht, ob ich dasselbe richtig aufgefaßt habe, möchte aber Herrn Hobrecht um authentische Interpretation bitten, ob das richtig ist, was der Finanzminister sagte, kein Mensch habe den Gedanken gehabt, daß wir so lange warten sollten, bis der Staatshaushaltsetat in dem Sinne ins Gleichgewicht gebracht wäre, daß die Einnahmen auch die einmaligen Ausgaben deckten. Nein, m. H., vielmehr hat die Staatsregierung selbst die Erklärung abgegeben: erst ein Gleichgewicht im Staatshaushaltsetat. Wenn der Minister aber sagt, wenn wir darauf warten sollten, daß der Staatshaushaltsetat die Mittel giebt zur Bedeckung der einmaligen Ausgaben und des Ordinariums, müßten wir noch 2—4 Jahre ohne Steuererlaß warten, so folgt daraus, daß man so lange auf den Steuererlaß hätte warten müssen, wenn nicht die Anleihe von 30 Millionen Mark gemacht würde. Und wenn er hofft, weitere Steuererlasse geben zu können, so folgt daraus eine neue Anleihe für das nächste Jahr. Ich weiß nicht, ob das viel Effekt machen wird, wenn ich mir etwas borge, kann ich auch was schenken. (Sehr richtig!) Nun sagt der Minister: die einmaligen Ausgaben hoffe er, werden demnächst aus dem Etat verschwinden. Ich hörte hierbei am Ministertisch ein eigenthümliches Rauschen, und wie ich mich umsah, bemerkte ich, daß die Herren sich verwundert gegenseitig betrachteten. (Heiterkeit.) Ja, das ist wieder einmal ein Symptom für die Grundsätze der jetzigen Finanzwirthschaft — ex ungue leonem. Also das Extraordinarium wird verschwinden. Ja, wo soll es denn hin? (Heiterkeit.) Werden wir denn keine einmaligen Ausgaben mehr haben? M. H., wie ein Bericht aus dem Jahre 1855 ausweist, wurde damals stets die Theorie festgehalten, die uns der Kollege v. Benda, der Vorsitzende der Budgetkommission und ein Finanzpolitiker aus der alten Schule stets beim Zusammentritt der Kommission ins Gedächtniß ruft: „Das Extraordinarium muß 5 Prozent der ordentlichen Ausgaben betragen. Sind die nicht vorhanden und können sie nicht aus den ordentlichen Einnahmen gedeckt werden, so werden Sie zu einem Defizit gelangen." Nach dem angeführten Bericht von 1855 wurde, als innerhalb von 7 Jahren ein Defizit von 12 Mill. Thalern eingetreten war, gesagt: das könne so nicht weiter gehen, der Ruf des preußischen Finanzsystems werde erschüttert, wenn der Staat in 7 Jahren 12 Mill. Thaler leihen muß, um die Extraordinarien zu decken, und es werde eine Resolution gefaßt, wonach der königl. Staatsregierung gegenüber die bestimmte Erwartung ausgesprochen wurde, daß im nächsten Staatshaushaltsetat die Herstellung des sicheren Gleichgewichts zwischen den dauernden Staatseinnahmen und den laufenden Staatsausgaben hergestellt werde. Die Kommission, welche den Bericht abgefaßt hatte, drang, wenn das Gleichgewicht nicht da war, auf Ersparnisse und erst wenn diese nicht kommen würden, wollte sie die Einnahmen erhöhen. Das geschah in der konservativsten Zeit. Nun erhofft der Minister das Verschwinden der einmaligen Ausgaben, ich würde ihm gern behilflich dabei sein, aber gelingen wird es ihm nicht, die einmaligen Ausgaben dieses Etats sind durchaus nicht exorbitant, sind noch nicht die 5 pCt. des Herrn v. Benda. Was aber die Ausgaben betrifft, so finde ich die Sparsamkeit, von der der Herr Minister gesprochen hat, in einzelnen Theilen nicht ganz zutreffend, z. B. überall, im kleinsten Etat wächst so ein neuer Beamter, bald ein Kalkulator, bald ein Rath heraus — allerdings nur eine Kleinigkeit — aber verfolgen Sie dieses System, alle Jahr mehr Beamte, trotzdem die Herren von der Rechten behaupten, ihre Reform der Selbstverwaltung werde Ersparnisse herbeiführen. Im landwirthschaftlichen Ministerium hat man sogar für Bauten und Gestüte einen eigenen Beamten, das scheint mir etwas Luxus zu sein. Ja sogar auf dem Etat der direkten Steuern wird ein neuer vortragender Rath und Kalkulator gefordert. Sagen Sie lieber dem Herrn Reichskanzler, Sie möchten weniger in Projekten arbeiten und sich dieselben im Reichskanzleramt ausarbeiten erlassen. Seit drei Jahren wird das ganze Land von der Nothwendigkeit einer Steuerreform unterhalten, und nun weiß der Minister eigentlich gar nicht, was er reformiren soll. Ist das auch altpreußisch, ehe man weiß, was man machen will, Reichs- und Landesvertretung immer in Unruhe zu versetzen? In dieser Session hat der Minister gesagt, würden wir nur eine Denkschrift bekommen. Die Gewerbesteuer hat er nur nebenbei bei der Klassensteuer erwähnt. Ich weiß nicht, ob sie in Arbeit ist. Auch die Forderungen für Büreaudienste, Diäten, Fuhrkosten müssen energisch beschränkt werden. Sehr aufgefallen ist es mir, daß die im Vorjahr abgelehnten Funktionszulagen für die Vorsteher des Centralbureaus mit je 1200 Mark von Neuem gefordert werden. Uns werden hier Vorwürfe gemacht, daß wir zu viel Ausgaben machen, ich möchte den Herren auf dieser Seite des Hauses vorschlagen, vereinigen wir uns doch einmal gegen diese Vorwürfe, zeigen wir, daß es uns gar nicht darauf ankommt, bei den Ausgabeverminderungen blöde zu sein. Wir werden abwarten, ob wir einen Resonanzboden auf jener Seite des Hauses finden. Beim Hauptextraordinarium wollte der Minister im vorigen Jahr nicht einmal 100,000 Mk. ablassen, was thut er nun? Er nimmt sie da hinaus und setzt sie unter einen neuen Titel und das Extraordinarium ist um 21,000 Mark höher. Abgelassen wird nichts, es wird immer mehr gefordert. Sehr schmerzlich ist es mir aber gewesen — und ich glaube den Herren auf der Rechten auch — daß die Selbstverwaltung nicht einen Beamten weniger gebracht hat. Der Minister des Innern giebt uns gar nichts von seinem Etat, er fordert jetzt noch 400,000 Mark Dispositionsgelder. Dazu kommt die praktisch politische Bedeutung, daß der Minister eine Reihe von Beamten, die vielleicht noch dienen könnten, zur Disposition stellt und nicht einen einzigen Regierungsrath preisgiebt. Bezüglich des Kultusministeriums will ich hoffen, daß der Kultusminister die schweren Anschuldigungen gegen die Elementarlehrer im vorigen Jahre näher motiviren wird. Diese Mittheilung hat in meiner Heimath das Ansehen der Elementarschullehrer, auf deren Aufrechterhaltung gerade in erster Linie der Herr Kultusminister zu sehen hätte, wesentlich erschüttert. (Unruhe.) Es war nicht richtig, uns den Nachweis so lange schuldig zu bleiben. Die Herren von der Rechten haben gestern verlangt, es solle im Etat mehr für die Erhöhung der Verwaltungsbeamten angesetzt werden, sie sind also für Ausgabevermehrung. Da hat es denn mit Bezug auf die Pensionsgesetze der Lehrer auf mich einen eigenthümlichen Eindruck gemacht, daß, wie auf der Konitzer Lehrerversammlung mitgetheilt wurde, ein armer Lehrer, der 56 Dienstjahre hinter sich hat, jetzt als Tagelöhner in der Forst arbeiten muß, weil er wenig über 300 Mark Pension bekommt und diese noch nicht empfangen hat. — Nun, meine Herren, die Eisenbahnen! Am auffallendsten war es mir, daß die Rentabilitätsberechnung, die wir mit Mühe und Noth zusammengestellt haben, fehlt. Hätten wir auch diese gehabt, würden wir Aeußerungen, wie sie Abg. v. Heyden gemacht hat, gar nicht bekommen haben. Woher weiß denn der Abg. v. Heyden, daß die Eisenbahnen so gut rentiren? In der Budgetkommission vor zwei Jahren wurde festgestellt, daß die Eisenbahnrente von Jahr zu Jahr heruntergegangen ist. Wo ist denn die Besserung? In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" steht 21 Millionen Mark. Der Minister sprach von einem Ueberschuß von 16 Millionen. Wenn sie die Schulden mit 12½ Millionen abziehen, bleiben 3½ Millionen. Nach Berechnung des Abg. Kalle mußten beim Erneuerungsfonds 8 Millionen abgesetzt werden, wo bleiben dann die Ueberschüsse? Die Garantien sind dabei ganz unter den Tisch gefallen. Zum ersten Male, wo die Sache zur Anwendung kommt, sagt man, erst müssen wir Steuererlaß machen, denn der Reichstag steht vor der Thür, also machen wir keinen Reservefonds. (Hört! hört!) Bleiben wir nun aber bei den Grundsätzen, die für die Privateisenbahnen gelten, und die der Herr Minister früher strikte durchgeführt hat, so würden die Staatseisenbahnen einen um 15—16 Millionen höheren Erneuerungsfonds ausstatten müssen als in diesem Etat. Wir arbeiten also jetzt im Jahre 1881 bis 1882 lediglich auf Kosten der Zukunft und dann werden die Erneuerungsfonds in mehreren Millionen jährlich nachzuholen sein. Wie steht es nun aber mit der Berücksichtigung der Industrie. Was sagt der Abg. Berger dazu, daß die Aera des Schutzes der nationalen Arbeit damit anfängt, daß, wie der Herr Minister die Eisenbahn übernimmt, 12 Millionen weniger für Lokomotiven verwendet werden. Vom April bis September haben wir auf den preußischen Staatsbahnen in diesem Jahre eine Mindereinnahme von 45 Mark pro Km. Wie kommt nun der Minister dazu, die Einnahmen jetzt in den Etatansatz für 1881/82 höher anzusetzen als im vorigen Jahre? Es sind gar keine Anzeiechn dafür, daß der Verkehr sich hebt. Ich glaube, der Minister hat auch nicht Alles berücksichtigt, was er jetzt beim Tarifwesen ändern will. Ich denke, es ist in Aussicht genommen, daß die Tarife auf sämmtlichen Staatsbahnen jetzt gleichmäßig gestaltet werden. Bezüglich der Tarife will ich hier nur hervorheben, daß die Eisenbahnen im Osten dadurch, daß man die Differentialtarife nicht will, einen erheblichen Ausfall gehabt haben, und Königsberg ist noch heute in schwerer Sorge, ob der Minister die Tarife genehmigen wird, die mit der ostpreußischen Südbahn vereinbart sind. Wunderbar ist nur, daß die Ausnahmetarife in manchen Gegenden ganz gehörig zur Anwendung gebracht werden, z. B. soll jetzt ein Rabatttarif von der Kohlengrube im Westen nach Holland existiren. Was wird Herr von Kardorff dazu sagen? Ich komme nun auf den Steuererlaß und die Reformpolitik des Ministers Bitter zurück. Ich nehme an, daß der Reichskanzler in diesem Punkte hinter ihm steht. Wieso zwingt das Verwendungsgesetz den Herrn Minister, jetzt mit dem Steuererlaß vorzugehen trotz seiner Rede vom vorigen Jahre? Hat denn eine feierlich gegebene Kabinetsordre, welche der Minister Hobrecht extrahirt hat, nicht den Charakter eines Gesetzes, wenn das Herren- und Abgeordnetenhaus zugestimmt haben? Die Situation hat sich nicht geändert, was heute gilt, galt auch damals. Herr v. Heyden verlangt den Steuererlaß im Interesse der Entlastung der breiten Masse. Für eine solche Entlastung der breiten Masse haben die Herren auf der Rechten früher nicht geschwärmt, wie die Reden des Herrn v. Minnigerode beweisen. Im Jahre 1875 verlangte der letztere auf der Eisenacher Versammlung eine Reichseinkammensteuer, weil eine Vermehrung der indirekten Steuern nur mit großer Vorsicht vorgenommen werden dürfe, wenn sich dieselbe auch für Tabak, Getränke und dergl. empfehle. (Gelächter rechts!) Das ist doch ganz etwas Anderes, als dasjenige, was Sie im Reichstage bewilligt haben. Im Zolltarif steht neben dem Tabak und Getränken, Petroleum, Getreide, Speck, Schmalz, Kaffee, u. a. m. An der Ausführung des früheren Programms des Herrn v. Minnigerode würden viele von uns mitzuwirken bereit gewesen sein, die jetzige Politik aber steht im Widerspruch mit den alten preußischen Traditionen. Sie belastet die große Masse des Volkes, während der jetzt dafür gebotene Steuererlaß gar nicht ins Gewicht fällt, und der untersten Stufe, welche 27 Prozent der Bevölkerung beträgt und gar keine Klassensteuer zahlt, überhaupt nicht zu Gute kommt. Der Abgeordnete v. Heyden hat gestern ganz offen die Nothwendigkeit des Steuererlasses mit den bevorstehenden Wahlen motivirt. Nach meiner Ansicht kann die Frage, welche den Wahlversammlungen vorgelegt wird, nur so lauten: Sollen wir uns Geld borgen, um Steuer-

erlasse bewilligen zu können? Eine solche Wahlpolitik, wie die Regierung sie jetzt treibt, kann wahrlich nicht zur Erhöhung ihres Ansehens beitragen. Auch harmonirt es wenig mit dieser Taktik, wenn der Finanzminister jetzt vor den Wahlen sich darüber aussprach, daß der nächste Reichstag 110 Millionen neuer Steuern bewilligen soll, und noch weniger verstehe ich, weshalb der Minister solche Eile mit dieser Bewilligung hat. Der Richter'sche Antrag ist mir sehr wenig sympathisch; ich habe noch Etwas von dem philiströsen Anstrich altpreußischer Tradition. (Gelächter rechts.) Ihr Lachen läßt mich sehr kühl. Wenn Sie darüber lachen, daß Jemand die altpreußischen Traditionen in die Schanzen ruft gegen solche Regierungsvorlagen, so charakterisirt Ihr Lachen Sie mehr, als ich es mit Worten könnte. (Sehr gut!) Neugierig bin ich, wie der Minister sich zu dem Antrag Richter stellt. Nach meiner Meinung muß er ihn annehmen; der Abg. Richter ist ja nur Vorspann für die eigenen Intentionen der Regierung. Es ist unrichtig, wenn die konservative Partei jetzt behauptet, man habe die neuen Steuern zum Theil zur Deckung nothwendiger Ausgaben gefordert. Es ist ausdrücklich stets versprochen worden, die indirekten Steuern sollten bei Heller und Pfennig zu Steuererleichterungen benutzt werden. Bei diesem Versprechen werden wir Sie festnageln. In welcher Weise die Regierung die neu geforderten 110 Millionen aufbringen will, verstehe ich nicht. Die Brausteuer bringt 18 Millionen, die Wehrsteuer 20 Millionen, die Börsen- inkl. Quittungssteuer 20 Millionen, das macht zusammen 58 Millionen. Die Branntweinsteuer — für die ich schon deshalb nicht stimmen werde, weil ich dem Finanzminister überhaupt keine neuen Steuern bewilligen will — berechnet Herr v. Kardorff auf 15 Millionen; das macht im Ganzen 73 Millionen. Da die Quittungssteuer nach den Erfahrungen des vorigen Jahres absolut nicht auf eine Majorität im Reichstage rechnen kann, so ist dieselbe in Abzug zu bringen, es bleiben also 63 Millionen, es müßten also noch 47 Millionen aus dem Tabak gewonnen werden. Nennen Sie das Schutz der nationalen Arbeit, wenn Sie die Tabaksindustrie, welche 110,000 Arbeiter beschäftigt, nachdem sie kaum zur Ruhe gekommen, von Neuem hetzen und auf's Aeußerste schädigen? Die konservative Partei selbst hat den jetzigen Zustand als ein Definitivum geschaffen, und nun erklärt der Finanzminister ganz kavalierement den Tabak für ein sehr steuerfähiges Objekt. Mit einer solchen Politik muß man unser ganzes industrielles Wirthschaftsleben zerstören. Der Minister sagt, die neuen 110 Millionen sollen ausschließlich zur Ermäßigung direkter Steuern verwendet werden. Welche Garantie haben Sie dafür? Wenn der Militäretat wächst und wir die Steuern dort nicht bewilligen, so nimmt der Reichskanzler ganz einfach den Betrag in der Form der Matrikularbeiträge von den Einzelstaaten. Aber wenn Sie die 110 Millionen auch wirklich zu Steuererlassen benutzen, in welcher Weise sollen sie verwendet werden? Der Minister sagt, die vier untersten Klassensteuerstufen sollen außer Hebung gesetzt werden, dreimonatliche Raten Entlastung von Klassen- und Einkommensteuer, Ueberweisung von Grund- und Gebäudesteuer an die Kreise. Für 240 Millionen indirekter Steuern ist das sehr wenig. Was die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer betrifft, so wird dieselbe zu einer Entlastung des Grundbesitzes sehr wenig beitragen. Diejenigen Kreise, welche gar keine Kreissteuern haben, bekommen die halbe Grund- und Gebäudesteuer geschenkt und wissen nicht, was sie damit anfangen sollen. Sie werden Chausseen bauen, blos um das Geld unterzubringen. In Ostpreußen beträgt die Gesammtsumme der Kreissteuern 3½ Millionen, die Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer beläuft sich auf 1½ Millionen, so daß die Hälfte der Kreissteuern erlassen werden kann. Westpreußen hat 2 Millionen Kreissteuern und erhält 1⅗ Millionen Grund- und Gebäudesteuer. Pommern hat 1,300,000 Mark Kreissteuern und erhält 1,700,000 Mark, hat also 400,000 Mark Ueberschuß. Posen hat 180,000 Mark Kreissteuer und bekommt 1½ Millionen, Schlesien hat 2½ Millionen Kreissteuer und erhält 3½ Millionen, Sachsen hat 989,000 M. Kreissteuer und bekommt 3½ Millionen, Schleswig-Holstein hat 584,000 M. Kreissteuer und erhält 2 Millionen, in Hannover gleicht sich die Sache ziemlich aus, Rheinland hat 2½ Millionen Kreissteuern und erhält 5 Millionen Grund- und Gebäudesteuer. Nach welchem Maßstabe soll dieses Geld zur Vertheilung kommen. In einem unklaren Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" heißt es, man werde einen Bedürfnißfond bilden und daraus den Kommunen etwas geben. Wer soll das vertheilen? Die Kreistage? Das würde eine schöne Wirthschaft werden. In Danzig stellt sich die Sache folgendermaßen, wenn die Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer überwiesen wird [illegible] 18,000 Censiten der untersten Stufen zahlen gar keine direkte Steuer, diesen kommt also, obwohl sie an den indirekten Steuern erheblich mitzahlen, der Erlaß gar nicht zu Gute. Die zweite Stufe zahlt 11 Mark und würde in Folge der Entlastung 10 Mark zu zahlen haben; der Gewinn der dritten Stufe, welche 21 Mark 60 Pf. bezahlt, würde 1⅞ Mark für jeden Zensiten betragen. Ist das der großartige Erfolg der Reform? Ich selbst bezahle für ein kleines Gütchen von noch nicht 500 Morgen im neustädter Kreise 444 Mark. Durch die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer würde ich 31 Mark weniger zahlen, das ist die ganze Bescheerung. Der Klassensteuererlaß kommt mir gar nicht zu Gute. Nun kommt die andere Frage, ob die Kommunen ihren Zuschlag bei den unteren Klassen noch erheben dürfen, auch wenn den letzteren die Steuer selbst erlassen ist. Dürfen sie den Zuschlag weiter erheben, so ist dem armen Mann nicht sehr geholfen; dürfen sie es nicht, so muß der Ausfall natürlich den höheren Stufen zur Last fallen, die sich manchmal in größerem Elende befinden, als die untersten.

Daß die Etatsberathung diese Ausdehnung nimmt, geschieht gegen unseren Wunsch und Willen, die Staatsregierung selbst hat die Reichs- und Steuerpolitik hineingezogen. In diesem Hause existirt, glaube ich, Niemand, der nicht mit Freude und Stolz auf das blickt, was die Nation seit 1870 geleistet hat und voll Dankbarkeit gegen den großen Staatsmann ist, der an der Spitze der Nation sie zum Siege und zur Verwirklichung ihrer Träume und Ideale geführt. Von mir kann ich es ganz bestimmt und aufrichtig versichern. Aber die Pflichten eines Volksvertreters gehen über die Dankbarkeit hinaus. Wir sind hierher geschickt, um unser Mandat nach Pflicht und Gewissen zu üben. Wo soll das freie Wort noch eine Stätte finden, wenn nicht in diesem Hause? Die Organisation unserer Behörden — ich wiederhole den Ausdruck — ist in den letzten Jahren in einer Weise erschüttert, wie nie zuvor, jene tüchtige Büreaukratie, die einst den Staat leitete, ist zum großen Theil zum Schweigen verurtheilt und ihre Widerstandskraft gebrochen. Männer mit entschiedenem Willen, wenn sie einmal an den Ministertisch gelangen, sitzen bald wieder neben uns auf unseren Bänken. Ich kann die k. Staatsregierung nur bitten, den seit 1878 beschrittenen Weg zu verlassen. Wohin kommen wir, wenn der Inhalt unserer Verhandlungen nur in Versprechungen besteht, die den Wählern vor den Reichstagswahlen gemacht werden? Das Meiste von dem, was versprochen ist, hat sich als unerfüllbar erwiesen und der Finanzminister selbst hat das Programm des Reichskanzlers auf ein so enges Maß beschränkt, daß es nur noch einen untergeordneten Werth für die Bevölkerung hat. Wenn wir uns in Versprechungen überbieten, werden die gemäßigten Elemente, das gebildete Bürgerthum, sich beunruhigt fühlen und mit Ekel von dem politischen Treiben abwenden, diese wirksamsten Stützen der Regierung, die nach ihrem Wesen noch mitten in der altpreußischen Tradition stehen. Zwingen Sie uns in die Reihen des Volkes zu gehen und auch Versprechungen zu machen — darin sind wir Ihnen über, weil wir nicht die Verantwortung tragen, wie Sie auf Ihren Sitzen, sondern nur die, welche jedem Menschen in sein Gewissen geschrieben ist. Wird die jetzige Politik noch 3 oder 4 Jahre lang fortgeführt, dann sind die gemäßigten Elemente widerstandslos gemacht und die Führung fällt den Radikalen zu. (Oho! rechts) Kann man denn die Sozialdemokratie bekämpfen, wenn man die unentbehrlichen Lebensmittel durch Zölle vertheuert? Stimmt das mit der Absicht des Reichskanzlers die Sozialdemokratie aus den Köpfen der Menge herauszubringen. Er interessirt sich ja für Lassalle und kennt seine Schriften. Ich empfehle ihm die über die Wirkung der indirekten Steuern, die damals zündete und deren Inhalt wir uns ebenso aneignen, wie es die konservativen Regierungen von 1847 und 1873 gethan haben. Noch einmal: Umkehr auf diesem Wege! Oder der Kampf zwischen den Extremen wird unvermeidlich, und dann werden wir Sie zur Verantwortung dafür ziehen, daß Sie die Bildung einer gemäßigten Partei, auf die sich jede Regierung stützen muß, verhindert und die Führung den Radikalen ausgeliefert haben. Noch ist es Zeit, aber die Umkehr muß bald erfolgen. (Lebhafter Beifall links. Die Rede des Herrn Abgeordneten hat zwei Stunden gedauert.)

Abg. Freiherr v. Zedlitz (Neukirch): Der Abg. Richter hat gestern die Behauptung aufgestellt — und Herr Rickert hat ihm heute darin sekundirt — daß bis zur Zollreform von 1879 sowohl vom Regierungstische aus, als aus den Kreisen der Konservativen die Erklärung abgegeben sei, die gesammten neuen Steuern sollten unverkürzt zu Steuererlassen verwendet werden. Das ist unrichtig. Ich selbst habe 1877 darauf hingewiesen, daß wir weitere Mittel zur Deckung der nothwendigen Ausgaben brauchen; aber auch seitens der Regierung ist dies wiederholt klar ausgesprochen. Insbesondere ist in dem wiederholt angezogenen Artikel der „Provinzial-Korrespondenz" diese Ansicht zum Ausdruck gelangt. (Redner verliest den Artikel.) Es sollten danach die neubewilligten Steuern zunächst zur Bestreitung dringender Ausgaben, sodann zu Steuererlassen verwendet werden. Die Annahme des Abg. Richter, daß der Ertrag der neuen Reichssteuern sich auf 130 Millionen belaufe, beruht auf einer unrichtigen Schätzung. Nach diesem Ertrage erfüllt der Erlaß von 14 Millionen das, was Grund der Bewilligungen vom vorigen Jahre überhaupt in Aussicht gestellt war. (Widerspruch.) Daß die 167 Millionen nicht voll eingegangen sind, können Sie doch so wenig der Regierung, als uns zur Last legen. Sie (zur Linken) haben ja die Vorlage wesentlich geändert. Der Abgeordnete Rickert hat sich heute auf den Standpunkt der altpreußischen Traditionen gestellt. Diese Traditionen sind aber von dem Gedanken erfüllt, den die Hohenzollern stets verfolgt haben, dem Grundsatze, daß der Staat die Verpflichtung habe, der Schutz der Schwachen zu sein, das Ganze harmonisch auszubilden; und wenn deshalb große Ansprüche erhaben werden, so ist das nur ein Element jener altpreußischen Tradition, durch die Preußen groß und mächtig geworden ist. Wenn die dauernden Einnahmen des Staates zur Deckung der dauernden Ausgaben nicht mehr genügen, dann muß der Weg der Steuervermehrung beschritten werden. Das ist altpreußische Tradition! Anders ist es allerdings bei Belastungen des landwirthschaftlichen Gewerbes. Da erscheint ihnen ein anderer Maßstab geboten. Zur Deckung der einmaligen, nicht vorherzusehen gewesenen Ausgaben, wie sie beispielsweise die Justizorganisation hervorgerufen hat, ist der Anleiheweg der geeignetste. Unsolide ist dieses Verfahren keineswegs. Der Abg. Rickert hat neulich aus dem Rechnungsergebniß des Jahres 1879/1880 einen ungünstigen Rückschluß auf die Wirkung der Zollpolitik machen zu können geglaubt. Ist denn aber die Zollpolitik vor dem 1. April 1879 inaugurirt worden? Sind nicht ein großer Theil der Zölle erst am 1. Oktober, viele erst am 1. Januar in Kraft getreten? Man muß also die beiden Halbjahre getrennt für sich behandeln. Das erste empfand die Wirkungen des Zolltarifs noch nicht; im zweiten fingen dieselben langsam an. Vergleicht man beide Halbjahre, so ergiebt sich, daß das erstere zwischen der Rechnung und dem Anschlage nur ein Defizit von 7 Millionen ergiebt. Hätte das zweite ebenso fortgefahren, so würden wir ein Defizit von 14 Millionen gehabt haben. Zu diesen treten 9½ Mill. außerordentlicher Ausgaben, macht 23½ Millionen. Das wirkliche Defizit stellt sich aber blos auf 5 Millionen Mark. Es ist also die Finanzlage am Schlusse des Kalenderjahres um 18½ Millionen besser, als sie gewesen wäre, wenn das zweite Halbjahr ebenso schlecht gewesen wäre, wie das erste. Was den Steuererlaß betrifft, so ist derselbe um so mehr geboten, als die Zollreform weite Kreise der Bevölkerung zu bedeutenden Lasten herangezogen hat. Wenn man einem solchen Bedürfnisse des Reiches, wie es vorlag, Erfüllung verschaffen mußte, dann mußten allerdings alle Theile des Volkes dazu beitragen, auch der Arme. Sie weisen immer auf die untersten, steuerfreien Klassen hin, denen der Steuererlaß nicht nütze. Aber unter den 3,600,000 steuerfreien Zensiten befinden sich 2,400,000, die keinen Haushalt haben, als Dienstboten u. s. w. Hätte man mit dem Steuererlaß nur agitatorische Zwecke verfolgen wollen, so wäre es doch zweckmäßiger gewesen, die ganze Befreiung der untersten Klassen vorzuschlagen. Mit dem Antrage bin ich nicht einverstanden. Derselbe bedeutet nichts Anderes, als die Sicherstellung des Erlasses gegen die Vertretung des Volkes und die Steuerzahler selbst. Der Antrag Richter ruft das Herrenhaus herbei, um die Steuerzahler gegen ihre eigene Vertretung sicher zu stellen. Entschieden muß ich dem Abg. Richter darin widersprechen, wenn er eine Zurücksetzung der Grundsteuer gegenüber der Gebäudesteuer in Bezug auf die Ermäßigung befürwortet. Es liegt allerdings Methode darin. Die Landwirthschaft ist in den Augen des Abg. Richter das Aschenbrödel des Staats. Aber der ländliche Grundbesitzer wird Ihnen darauf die richtige Antwort nicht schuldig bleiben. Nicht einverstanden bin ich mit dem Theil des Regierungsvorschlages, welcher den Rest der Klassensteuer an die Kommune überweisen will. Die kommunalen Bedürfnisse werden dies ertragen können. Aber ich bin der Meinung, daß zur Zeit ein Anlaß nicht vorliegt. Was die in Aussicht gestellten neuen Steuern betrifft, so kann ich nur erklären, daß es sich nicht empfiehlt, auf die Tabakssteuer jetzt zurückzukommen. Ich bin für eine Steuerreform ohne die genannte Steuer. (Beifall rechts.)

Finanzminister Bitter: Es wird schwer sein, die sämmtlichen Punkte zu berücksichtigen, die in den langen Reden bis jetzt erwähnt worden sind. Erwünscht und nöthig finde ich es, daß Fragen, die seit Jahren das hohe Haus und die Oeffentlichkeit beschäftigt haben, klar ausgetragen werden und daß die Gegensätze hier im Hause zum Austrag kommen. Daher habe ich es auch für meine Pflicht gehalten, in meiner einleitenden Rede mich der möglichsten Klarheit zu befleißigen. Wenn Herr Rickert geglaubt hat, diese Klarlegung sei im Interesse der Regierung für die nächsten Wahlen geschehen, so ist das unrichtig. Die Regierung benutzt den Steuererlaß und die Pläne der Verwendung der Erträge der Zollreform in keiner Weise zur politischen Agitation. Auf die zahlreichen Einwendungen, die gegen die beabsichtigte Vorlage der Regierung gemacht worden sind, gehe ich heute im Interesse des hohen Hauses nicht ein. (Aha! links.) Herr Richter hat gestern, wofür ich ihm ganz dankbar bin, darauf hingewiesen, daß der stenographische Bericht meiner ersten Rede die 110 Millionen nicht enthalte, und er schien zu glauben, wenigstens ein Theil der Presse hat sich so geäußert, daß ich diese Zahl, weil sie mir zu groß sei, nicht im stenographischem Bericht erscheinen lassen wolle. Das ist ein Irrthum. Ich habe diese Zahl damals auf einen Zwischenruf des Abg. Rickert genannt, sie wird ja jetzt im stenographischen Bericht erscheinen. Die Sache scheint mir damit erledigt zu sein. Ferner hat Herr Richter gestern die Unterredung, die ich in Friedrichsruhe mit dem Herrn Reichskanzler gehabt haben könnte, in einer drastischen Weise dargestellt, so als ob ich dem Herrn Reichskanzler gegenüber in Bezug auf die Finanzlage des Staates gegen die Steuerreform mich ablehnend verhalten habe, daß ich demnächst zurückgekommen sei und im Interesse der Homogenität des Ministeriums gerade das Entgegengesetzte von dem gethan hätte, was ich Ihnen gegenüber vertreten habe. Ich möchte bemerken, daß diese ganze — ich finde keinen anderen Ausdruck — fantastische Auffassung des Verhältnisses von mir zum Herrn Reichskanzler und unserer Unterhaltung völlig illusorisch ist. Ich kann nur bedauern, wenn über die Männer, die ihre ganze Existenz den Geschäften des Staates unter großen persönlichen Opfern widmen, hier in einer Weise Mittheilungen gemacht werden, die das Gelächter des Hauses erregen. (Zustimmung rechts.) In meinem und meiner Kollegen Interesse muß ich gegen derartige unrichtige Insinuationen Verwahrung einlegen. (Beifall rechts.) Herr Richter hat auch geglaubt, mir Informationen geben zu müssen, wie ich die Zahlen des Eisenbahnetats aufzufassen hätte. Ich bitte doch vorauszusetzen, daß, wenn ich die schwere Verantwortung für den Etat übernehme, ich ihn auch in allen seinen Einzelheiten kenne, und daß ich die Zahlen nicht nur nach ihrem Inhalt und ihrer Gegenseitigkeit nach meiner und der Regierung Auffassung richtig formulire, sondern daß ich auch keine Instruktionen darüber brauche. Ich verlasse dieses wenig angenehme Thema, und will nur noch dem Herrn Rickert bemerken, daß er mit Unrecht den Etat eine rein kalkulatorische Aufstellung nennt. Ich mußte mich doch im Großen und Ganzen an das bisherige System der Etatsaufstellung halten. Wenn ich mit ganz neuen Prinzipien gekommen wäre und die Ordnung, die Sie bisher für nöthig gehalten haben, umgestoßen hätte, so würden Sie gewiß gefragt haben: „Wo bleibt die altpreußische Finanzpolitik?" (Zustimmung rechts.) Die Herren Redner von der linken Seite des Hauses scheinen die Lage so aufzufassen, als ob unsere Finanzen, sowie Handel und Industrie in einem rapiden Rückgange begriffen seien, an dem das System der Regierung die Schuld trage. Ich kann nur konstatiren, daß die Regierung von der Wendung zum Besseren überzeugt ist. Daß nach einer so schweren Krisis, die 7 Jahre lang angehalten hat, die Besserung nicht ohne Weiteres nach allen Seiten eintreten kann, ist klar. Man hätte doch auch diejenigen Mittheilungen vorlegen sollen, die auf eine eingetretene Besserung klar hinweisen. Mir ist nicht denkbar, daß ein in seinem Verkehr heruntergekommenes Land blühende Finanzen haben könne. Nun gewinnt es nach den Aeußerungen, die hier gefallen sind, fast den Anschein, als wären sämmtliche Etatspositionen, die ich gebracht habe, ebenso viele Defizits. Aber es ist gegen das Vorjahr doch eine Mehreinnahme im Ordinarium von 120 Millionen nachgewiesen. Wenn man mir sagt, dieselbe sei blos ausgerechnet, sie sei eigentlich nicht da, so verstehe ich das nicht. Es hat auch, wie der Abg. Richter meint, keine Versilberung stattgefunden, als nach dem gewöhnlichen Laufe. Die Zahlengruppirung, wie sie der Abgeordnete Richter vorgenommen hat, daß nämlich 240 Millionen neuer Steuern nur 14 Millionen Steuererlasse gegenüberstehen, ist unrichtig. Preußen hat vielmehr nur 34 Millionen überwiesen erhalten, und dieser Summe gegenüber bilden die 14 Millionen einen erheblichen Prozentsatz. Die übrigen 20 Millionen werden zu dringenden Interessen des Landes verwendet, kommen also den Steuerzahlern indirekt zu gut. Wenn der Abg. Richter der Bevölkerung — ich weiß nicht, ob der Preußens oder der Deutschlands — ein Recht auf die Verwendung der 130 Millionen zu Steuererlassen zuschreibt, wovon sollen dann die nothwendigen Bedürfnisse des Staates und der Bevölkerung bestritten werden? Bezüglich der angeblichen Versprechungen, von denen derselbe Abgeordnete gesprochen, will ich nicht weiter das Haus behelligen. Wo ist aber nur ein entfernter Grund dafür daß die Regierung sich der Erfüllung derselben entziehen wolle? Sie hat doch das Verwendungsgesetz durch den Steuererlaß in loyaler Weise zur Ausführung gebracht. Wenn man in demselben irgend etwas Anderes hat finden wollen, als die gewissenhafte Erfüllung des Inhalts eines gegebenen feierlichen Gesetzes, so irrt man und sucht, wenn man mir die Bemerkung gestatten will, die Leute da, wo man selbst gesteckt hat. (Unruhe.) Man hat mir persönlich vorgeworfen, durch diesen Steuererlaß hätte ich mich mit meinen Aeußerungen im vorigen Jahr in Widerspruch gesetzt. Ich habe nur gesagt: „Ich kann an einen Steuererlaß nicht eher herantreten, als bis die Verhältnisse sich so gestaltet haben, daß die Staatseinnahmen, das Gleichgewicht der Finanzen nicht gefährdet sind." Ich komme nunmehr zu dem Gesetzvorschlage des Herrn Richter. Ich muß anerkennen, derselbe bewegt sich auf demselben Boden, wie der von der Regierung vorgeschlagene Steuererlaß, geht aber weiter, indem er diesen Erlaß dauernd für bestimmte Steuerklassen fixiren will. Auch in dieser Beziehung steht die Regierung den Anschauungen des Abg. Richter nicht so diametral entgegen, wie das vielleicht geglaubt wird. (Hört! hört! links.) Ich bin überzeugt, wir werden auch in den nächsten Jahren die Mittel haben, den Steuererlaß zu gewähren; sollte ich mich täuschen, so würde mir das am meisten leid thun. Daraus folgt aber noch nicht, daß die Regierung sich für alle Fälle binden lassen kann. Die Verhältnisse sind ja schon durch das Verwendungsgesetz geordnet, und es ist unmöglich, daß dieses Gesetz — wie vorgeschlagen — neben dem Verwendungsgesetz unvermittelt nebenhergehe. Die Erlasse können sich doch immer nur nach den vorhandenen finanziellen Mitteln richten; eine vorsichtige Regierung kann die Mittel nicht aus der Hand geben, die unter Umständen zu anderen Zwecken nothwendig sein können, wenn sie auch hofft, dieselben zu Erlassen verwenden zu können. Der Gesetzesvorschlag greift außerdem den Steuerreformplänen in bestimmter Weise vor. Ich hoffe, der Antrag wird der Budgetkommission überwiesen werden, die Staatsregierung wird demnächst, wenn er vor dem Hause zur Berathung kommt, ihre Stellung zu demselben zu nehmen haben. (Hört, Hört! links.) Herr Rickert hat mir persönlich vorgeworfen, daß ich nicht auf dem Boden der altpreußischen Finanzverwaltung stehe. Man könnte einwenden, daß die Verhältnisse seit den letzten 30 Jahren ja völlig andere geworden seien, daß wir mit neuen Faktoren zu rechnen haben, an die man früher nicht denken konnte. Ich fühle mich aber für meine Person vollständig auf dem Boden altpreußischer Finanzpolitik, soweit die neuen Verhältnisse das gestatten. Die preußischen Staatsgrundsätze der Finanzpolitik sind mir wohl bekannt, und es ist ein Irrthum, zu glauben, daß ich von ihnen abwiche. Es ist behauptet worden, die Büreaukratie sei jetzt eine andere geworden, als in früheren Zeiten. Wenn hierin ein Vorwurf liegen soll, so muß ich denselben bestimmt zurückweisen. Ich kann aus meiner langjährigen Erfahrung bezeugen, daß die Büreaukratie heute mit demselben Patriotismus und derselben Pflichttreue dem Staate und dem Könige zu dienen bemüht ist, wie jemals vorher. Wenn der Abg. Rickert sodann eine Verringerung der Ausgaben für Dienst- und Reisekosten verlangte, so bin ich gerade der entgegengesetzten Meinung. Ich wünsche, daß die Beamten nicht vom grünen Tisch dekretiren, sondern so viel als möglich durch persönlichen Augenschein die Verhältnisse kennen lernen und deshalb an Ort und Stelle mit den Behörden ihres Bezirks in Verbindung treten. Ferner hat der Abg. Rickert eine Verringerung der Beamtenzahl gefordert und behauptet, daß bis jetzt noch nicht ein einziger Regierungsrath weniger angestellt sei. Das letztere ist richtig, aber bei der großen Schwierigkeit dieser Personalfragen ist es bisher noch nicht möglich gewesen, ein klares Bild über die Dispositionsstellungen zu gewinnen, welche sich aus dem Gesetz über die Behörden-Reform ergeben, und über die Kräfte, die bei den Regierungen erspart werden können. Wenn das Material für diese Frage vorliegen wird, so wird die Regierung mit Ernst und Eifer an die Beantwortung derselben gehen.

Minister Maybach: Der Abg. Rickert hat von der Verwendung der Milliarden für die Eisenbahnen gesprochen. Wenn ich dem Finanzminister Camphausen etwas hoch anrechne, so ist es dies; dadurch haben Landestheile Eisenbahnen bekommen, die sonst nicht darauf hoffen konnten, Eisenbahnen, von denen Regierung und Volksvertretung im Voraus wußte, daß sie keine Rente bringen würden, die aber jetzt zum Segen des Landes gereichen. Durch die Redner der Gegner ging der Zug, daß die Veranschlagung von Einnahmen und Ausgaben von einer zu rosigen Anschauung beeinflußt sei. Ich kann nur eine gründliche Berathung des Etats abwarten und bin auch gern bereit, Irrthümer, wenn sie mir nachgewiesen werden sollten, zu berichtigen. Aber es ist ein Irrthum, wenn man meint, es sei das Extraordinarium zu Gunsten des Ordinarium belastet worden. Alle Ausgaben, welche im Extraordinarium vorgesehen sind, führen zu einer Kapitalvermehrung. Herr Rickert hat ja auch anerkannt, daß das Extraordinarium kein übermäßiges ist. Wenn man aus dem Anschlage der Einnahmen aus dem Bergwerks- und Hüttenwesen einen Schluß auf die Lage der Eisenindustrie ziehen will, so muß ich doch bemerken, daß von der Gesammtsumme auf Eisenhütten nur 3 Millionen

entfallen, der Rest von 15 Millionen bezieht sich auf Zink- und Silberwerke. Bei den alten Staatsbahnen hat sich in den ersten 6 Monaten des Rechnungsjahres April bis Oktober eine Mehreinnahme von 1,779,000 M. herausgestellt, bei den verstaatlichten Privatbahnen für die ersten 6 Monate des Kalenderjahres von 7,685,000 M. Wenn trotzdem der Reinertrag pro Kilometer zurückgegangen ist, so liegt das an den unrentablen Bahnstrecken und an solchen Linien, deren Verkehr sich erst entwickelt. Dann mußte ja auch die mangelhafte Ernte auf den Verkehr zurückwirken. Wenn also trotzdem ein Einnahmezuwachs sich zeigt, so kann dies nur in dem wachsenden Verkehr seinen Grund haben. Was die Erneuerungsfonds betrifft, so werden diese Reserven bei den Privatbahnen allerdings nach theoretischen Grundsätzen gemacht und nach den zurückgelegten Achs- resp. Nutzkilometern berechnet. Aber man kann doch nun nicht verlangen, daß eine Schiene lediglich deswegen weggeworfen werden soll, weil es im Etat steht; das würde nicht mehr ein Ersatz, sondern eine Vermehrung des Materials sein. Die Inanspruchnahme der Staatskasse für Erneuerungen ist eine wechselnde. Bei dem Oberbau beanspruchen wir eine Summe von 4 Millionen Mark mehr als der Verschleiß berechnet wird, namentlich weil mit der Legung von Stahlschienen vorgegangen werden soll. Bei Betriebsmitteln ist dagegen eine Minderausgabe angezeigt, weil wir da einer Erneuerung nicht bedürfen. In den Jahren 1873 bis 1876 sind ca. 25 Millionen Mark zur Vermehrung des Fuhrparks verwendet; angeblich sollte es nur eine Erneuerung sein; es war aber eine Verstärkung. Bei dem Rückgange des Verkehrs waren Lokomotiven überflüssig, es mußten Schuppen gebaut werden, um sie unterzubringen. Der Vorwurf, daß nicht alle nothwendigen Erneuerungen aufgenommen sind, ist unbegründet. Man hat die betrübenden Eisenbahnunfälle auf die Verstaatlichung der Eisenbahnen, auf schlechtes Betriebsmaterial und Ueberbürdung des Personals zurückführen wollen. Bei allen Unfällen lag die Schuld in Verletzung von direkt erlassenen Bahnbetriebs- und Polizeivorschriften. Es war in einem Fall ein Signal unterlassen, in einem anderen nicht beachtet. Daß das Personal zu sehr angestrengt wird, kann ich nicht anerkennen. Wir haben darüber sehr positive Vorschriften aus der Zeit, als ich noch Präsident des Reichseisenbahnamtes war. Allerdings ist es unverkennbar, daß in gewissen Zeiten die Unfälle häufiger sind. Ich schiebe das auf die nicht genügende Vorbereitung der Fahrpläne. Die Fahrplanänderungen können nur in Scene gesetzt werden nach Verhandlungen mit fast sämmtlichen europäischen Eisenbahnverwaltungen. Die neuen Fahrpläne kommen aber nicht immer rechtzeitig in die Hände der Beamten, damit diese sich genügend unterrichten können über ihren Dienst. Es sind Einleitungen getroffen, um hier gründliche Abhilfe zu schaffen. Es sind weitere Einleitungen getroffen, um die Vorsichtsmaßregeln, welche der Sicherheit des Betriebs gewidmet sind, zu verbessern; es sollen, soweit die technischen Fortschritte es gestatten, diese Maßregeln unabhängig gemacht werden von den menschlichen Schwächen und Irrthümern. Vielleicht läßt sich auch in der Beziehung etwas leisten, daß man die Instruktion für die unteren Beamten in etwas populärer Sprache abfaßt. Die Eisenbahnen ergeben einen Reinüberschuß von 89,000,000 Mark oder 11,000,000 Mark mehr als zur Verzinsung der gesammten Staatsschuld erforderlich ist. (Hört! rechts.) Wenn die Vorlegung der Rentabilitäts-Berechnung unterblieben ist, so kann dies noch nachgeholt werden. Nach meiner Auffassung ist mir ein wohlhabendes Land mit einer wohlhabenden zufriedenen Bevölkerung lieber als eine rentable Bahn. (Beifall.) Die Denkschrift, welche Ihnen in nächster Zeit zugehen wird, wird Ihnen über alle Fragen nähere Auskunft geben. Aus ihr werden Sie sich überzeugen, daß große Ersparnisse möglich sein und die Verkehrsverhältnisse so eingerichtet werden, wie sie den berechtigten Wünschen der Bevölkerung entsprechen. Die Verhältnisse der übernommenen Beamten konnten nicht so schnell geregelt werden. Noch jetzt ist die Zahl der Beamten eine zu große. Wir sind auch noch belastet mit Ausgaben für Verwaltungsräthe ꝛc., für welche eine Summe von ca. 1,000,000 Mark jährlich zu zahlen ist; diese Ausgaben werden mit Auflösung der Gesellschaften verschwinden. Was die Stellung der Subalternbeamten angeht, so ist dieselbe keine neue; vor 1872 waren diese Beamten nicht etatsmäßig, sondern auf Kündigung angestellt. Dies soll in Zukunft wieder so sein. Die Stellung der gegenwärtigen Beamten wird dadurch nicht berührt; auch für die Pension wird durch einzurichtende Pensionskassen, zu denen der Staat einen bedeutenden Zuschuß leistet, gesorgt werden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Ein Vertagungsantrag wird angenommen.

Schluß 4 Uhr. Fortsetzung der ersten Berathung des Etats Montag 11½ Uhr.

Zur Judenfrage.

Die telegraphisch angekündigte Erklärung angesehener berliner Einwohner ist in den berliner liberalen Sonntagszeitungen publizirt. Sie lautet:

Erklärung.

Heiße Kämpfe haben unser Vaterland geeint zu einem mächtig aufstrebenden Reiche. Diese Einheit ist errungen worden dadurch, daß im Volksbewußtsein der Deutschen das Gefühl der nothwendigen Zusammengehörigkeit den Sieg über die Stammes- und Glaubensgegensätze davontrug, die unsere Nation wie keine andere zerklüftet hatten. Solche Unterschiede den einzelnen Mitbürger entgelten zu lassen, ist ungerecht und unedel und trifft vor Allem Diejenigen, welche ehrlich und ernstlich bemüht sind, in treuem Zusammengehen mit der Nation die Sonderart abzuwerfen. Von ihnen wird es als ein Treubruch Derer empfunden, mit denen sie nach gleichen Zwecken zu streben sich bewußt sind, und es wird dadurch verhindert, was das gemeinsame Ziel ist und bleibt: die Ausgleichung aller innerhalb der deutschen Nation noch von früher nachwirkenden Gegensätze.

In unerwarteter und tief beschämender Weise wird jetzt an verschiedenen Orten, zumal den größten Städten des Reichs, der Racenhaß und der Fanatismus des Mittelalters wieder ins Leben gerufen und gegen unsere jüdischen Mitbürger gerichtet. Vergessen wird, wie viele derselben durch Fleiß und Begabung in Gewerbe und Handel, in Kunst und Wissenschaften dem Vaterlande Nutzen und Ehre gebracht haben. Gebrochen wird die Vorschrift des Gesetzes wie die Vorschrift der Ehre, daß alle Deutschen in Rechten und Pflichten gleich sind. Die Durchführung dieser Gleichheit steht nicht allein bei den Tribunalen, sondern bei dem Gewissen jedes einzelnen Bürgers.

Wie eine ansteckende Seuche droht die Wiederbelebung eines alten Wahnes die Verhältnisse zu vergiften, die in Staat und Gemeinde, in Gesellschaft und Familie, Christen und Juden auf dem Boden der Toleranz verbunden haben. Wenn jetzt von den Führern dieser Bewegung der Neid und die Mißgunst nur abstrakt gepredigt werden, so wird die Masse nicht säumen, aus jenem ziellosen Gerede die praktischen Konsequenzen zu ziehen. An dem Vermächtniß Lessing's rütteln Männer, die auf der Kanzel und dem Katheder verkünden sollten, daß unsere Kultur die Isolirung desjenigen Stammes überwunden hat, welcher einst der Welt die Verehrung des einigen Gottes gab. Schon hört man den Ruf nach Ausnahmegesetzen und Ausschließung der Juden von diesem oder jenem Beruf und Erwerb, von Auszeichnungen und Vertrauensstellungen. Wie lange wird es währen, bis der Haufen auch in diesen einstimmt?

Noch ist es Zeit, der Verwirrung entgegenzutreten und nationale Schmach abzuwenden; noch kann die künstlich angefachte Leidenschaft der Menge gebrochen werden durch den Widerstand besonnener Männer. Unser Ruf geht an die Christen aller Parteien, denen die Religion die frohe Botschaft vom Frieden ist; unser Ruf ergeht an alle Deutschen, welchen das ideale Erbe ihrer großen Fürsten, Denker und Dichter am Herzen liegt. Vertheidiget in öffentlicher Erklärung und ruhiger Belehrung den Boden unseres gemeinsamen Lebens: Achtung jedes Bekenntnisses, gleiches Recht, gleiche Sonne im Wettkampf, gleiche Anerkennung tüchtigen Strebens für Christen und Juden.

Berlin, den 12. November 1880.

Professor Dr. med. Albrecht, — Prof. Dr. Arndt, — C. F. Arndt, Aeltester der Berliner Kaufmannschaft, — Prof. Dr. Auwers, Sekretär der Akademie der Wissenschaften, — Realschuldirektor Dr. Bach, — Beisert, Abgeordneter und Syndikus der Berliner Kaufmannschaft, — Stadtschulrath Prof. Dr. Bertram, — Prof. Bruns, Doktor der Rechte, — Dr. Cauer, Stadtschulrath, — Ed. Conrad, Präsident der Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft, — Contenius, Rechtsanwalt, — A. Delbrück, Aeltester der Berliner Kaufmannschaft, — G. Dietrich, Vizepräsident der Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft, — Professor Dr. Droysen, — Geh. Regierungs-Rath Bürgermeister Duncker, — Kommerzienrath Eger, — Dr. Engel, Geheimer Ober-Regierungs-Rath, — Ad. Enslin, Verlagsbuchhändl., — Ober-Bürgermeister Dr. von Forckenbeck, — Professor Dr. Förster, Direktor der Sternwarte, — A. Frentzel, Aeltester der berliner Kaufmannschaft, — Dr. Gallenkamp, Gewerbeschuldirektor — Geh. Kommerzienrath Fr. Gelpcke — Stadtältester Gesenius, — Prof. Dr. Gneist, — Kommerzienrath E. Hergersberg, — Hermes, Stadtrath, — Prof. Dr. Hofmann, zur Zeit Rektor der Universität — Prof. Dr. Hofmann, Gymnasialdirektor, — Dr. Friedrich Kapp, — Karsten, Rechtsanwalt, — Jul. Kauffmann, Aeltester der berliner Kaufmannschaft, — Professor Kirchhoff, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, — G. Keibel, Aeltester der berliner Kaufmannschaft, — Dr. Koerte, Geheimer Sanitätsrath, — H. Kochhann, Aeltester der berliner Kaufmannschaft, — Geheimer Ober-Regierungs-Rath a. D. Kieschke, Abgeordneter, — Koffka, Rechtsanwalt, — Landgerichts-Direktor Kowalzig, — Krebs, Rechtsanwalt, — Dr. Kürsten, Stadtverordneter, — Laué, Rechtsanwalt, — Lesse, Rechtsanwalt, — Landgerichts-Direktor Lessing, — Dr. Lisco, Prediger, — Professor Dr. Th. Mommsen, — Nöldechen, Stadtrath, — P. Parey, Verlagsbuchhändler, — Hans Reimer, Buchhändler, — Geheimer Medizinalrath Reichert, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, — Rickert, Abgeordn., — Runge, Stadtrath, — Sarre, Stadtrath, — Dr. Schroeder, Professor der Medizin, — Schmeidler, Prediger, — Schrader, Eisenbahn-Direktor, — Schroeder, Kammergerichtsrath, — Professor Dr. Schwalbe, Realschuldirektor, — Dr. Werner Siemens, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, — Dr. Georg Siemens, Direktor der Deutschen Bank, — E. Stephan, Geh. Kommerzienrath, — Stephan, Regierungs- und Landes-Oekonomierath a. D., — Struve, Abgeordneter, — Stubenrauch, Rechtsanwalt, — Dr. Thomas, Prediger, — Professor Dr. Virchow, — Vollgold, Kommerzienrath, — Professor Dr. Wattenbach, — Professor Dr. Weber, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, — Dr. Wegscheider, Geh. Sanitätsrath, — Dr. Max Weber, Stadtrath und Abgeordneter, — v. Wilmowski, Rechtsanwalt, — Zelle, Stadtsyndikus.

Telegraphische Nachrichten.

Koblenz, 13. November. Der kommandirende General des 8. Armee-Corps, General v. Göben, ist heute Abend gestorben.

Wien, 13. November. Meldung der „Polit. Korresp.“ aus Konstantinopel: Die Pforte hat von Derwisch Pascha ziemlich befriedigende Nachrichten erhalten. Mehrere albanesische Häuptlinge sollen für die Abtretung Dulcignos gewonnen sein, jedoch sei die Stimmung der Massen noch immer feindlich. — Die Pforte hat den meisten in Griechenland erscheinenden Journalen den Eingang in die Türkei untersagt.

Agram, 13. November. Seit gestern sind irgendwelche Erderschütterungen nicht mehr vorgekommen; die Beruhigung ist allgemein zurückgekehrt. Das vom Gemeinderath gewählte Unterstützungs-Komite hat sich konstituirt und eine Aufforderung an die Geschädigten erlassen, sich zu melden. — Die „Agramer Zeitung“ ist zu der Erklärung ermächtigt, daß das Generalkommando keineswegs zu übersiedeln beabsichtige.

Pest, 13. November. Nachdem sämmtliche Differenzen zwischen den beiden Delegationen ausgeglichen worden sind, ist die österreichische Delegation gestern von dem Minister des Auswärtigen, Baron v. Haymerle, mit einem Hoch auf den Kaiser geschlossen worden. Zuvor hatte der Minister der Delegation den Dank des Kaisers für ihre patriotische Opferwilligkeit ausgesprochen.

Pest, 13. November. In der heutigen Sitzung des Unterhauses brachte der Finanzminister eine Reihe von Gesetzentwürfen ein, darunter Vorlagen über die Abänderung der Steuermanipulationsgesetze und über die Stempelgebührengesetze, ferner über die Verzehrungssteuer für Zucker, Kaffee, Spiritus und Bier. Dieselben wurden sämmtlich dem Finanzausschuß überwiesen. — In beiden Häusern des Reichstags wurde protokollarisch die Theilnahme für die kroatische Schwesternation anläßlich der Katastrophe in Agram ausgesprochen. Der Ministerpräsident Tisza machte die Mittheilung, daß dem Banus von Kroatien auch materielle Mittel zur Verfügung gestellt worden seien. — Das Oberhaus genehmigte den kroatischen Ausgleich.

Paris, 13. November. Die Deputirtenkammer wählte heute die Mitglieder der Kommission, welche den Antrag betreffend die Untersuchung der Affaire Cissey berathen soll. Sämmtliche Mitglieder der Kommission, mit Ausnahme eines einzigen, sind für den Antrag. Im weiteren Verlaufe der Sitzung begann die Kammer die Berathung der Vorlage betreffend die Reform des Richterstandes.

Der Erzbischof von Tours beantragte bei der Regierung die Ermächtigung, anläßlich der Ausführung der Märzdekrete eine Sühne-Prozession zu veranstalten. Die Regierung lehnte den Antrag ab.

Dublin, 13. November. In der Grafschaft Limerick ist gestern der Verwalter eines Landgutes ermordet worden.

London, 14. November. Bei einer gestern in Bristol stattgehabten Festlichkeit hielt Northcote eine Rede, in welcher er erklärte, im berliner Vertrage an sich sei nichts von einer Abtretung Dulcigno's, noch von dem in diesem Sommer beschlossenen Arrangement Griechenlands enthalten; er mißbillige alle Zwangsmaßregeln, obwohl er wünsche, daß die Pforte ihre Verpflichtungen erfülle. Die Flottendemonstration sowie die versuchte Herstellung des europäischen Konzerts sei ein Mißerfolg; England wolle keinen Krieg für Griechenland. Redner spricht sich tadelnd über die in Bezug auf Irland befolgte Politik aus und glaubt, daß sowohl Whigs wie Tories — letztere unter allen Umständen — Gegner des Radikalismus seien.

Petersburg, 14. November. Der Rücktritt des Finanzministers Greigh, sowie die Ernennung des Wirkl. Geh. Ra v. Abaza an Stelle desselben wird heute amtlich publizirt.

Konstantinopel, 13. November. Die türkischen Offiziere, welche sich gegen den deutschen Botschafter Grafen v. Hatzfeld ungebührlich benommen hatten, sind vom Kriegsgericht zur Degradation und zu einjährigem Gefängniß verurtheilt worden.

Konstantinopel, 14. November. Die hiesigen Botschaften und Gesandten, mit Ausnahme derjenigen von Spanien und Rumänien, haben an die Pforte eine Note gerichtet wegen des Vollzuges der Strafe gegen Veli Mohamed, den Mörder des russischen Oberstlieutenants Kumerau. — Auf Reklamation des italienischen Botschafters Grafen Corti ist eine minderjährige Italienerin, welche entführt worden war, ihrer Familie zurückgegeben worden.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. —
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Berlin, 14. November. (Privatverkehr.) Sehr fest, österreichische Bahnen animirt. Kreditaktien 487,50 a 490,00. Franzosen 479,00 a 479,50 a 478,50. Lombarden 150,50. 1860er Loose 121,60. Oesterreichische Silberrente 62,75. do. Papierente 62,10. Goldrente 74,75. Ungar. Goldrente 92,25. Italiener 86,10. 1877er Russen 91,40. 1880er Russen 70,90. Russische Noten per ultimo 204,50 a 204,75 a 204,50. II. Orientanleihe 57,00. III. Orientanleihe 57,40. 6proz. rumänische Rente 89,60. Bergisch-Märkische 116,30 a 116,50. Oberschlesische 202,50 a 202,75. Rechte Oderufer 152,50. Thüringer 178,00. Galizier 117,40 a 117,60. Elisabeth-Westbahn 86,25 a 87,50 a 87,10. Diskonto-Kommandit 176,25 a 176,50. Darmstädter Bank 151,90. Deutsche Bank 146,50 a 146,75 a 146,60. Laurahütte 115,75 a 116,25 116,10. Dortmunder St.-Prior. 81,30 a 81,90.

Frankfurt a. M., 13 Novber. (Schluß-Course.) Still. Lond. Wechsel 20,365. Pariser do. 80,45. Wiener do. 172,00. K.-M. St.-A. 147¼. Rheinische do. 158⅜. Hess. Ludwigsb. 96. K.-M.-Pr.-Anth. 131¾. Reichsanl. 100⅛. Reichsbank 146¾. Darmstb. 151⅝. Meininger B. 94¼. Oest.-ung. Bk. 704 00. Kreditaktien*) 241⅜. Silberrente 62⅞. Papierrente 62¼. Goldrente 74¾. Ung. Goldrente 92¼. 1860er Loose 121½. 1864er Loose 310,80. Ung. Staatsl. 215,00. do. Ostb.-Obl. II. 84¼. Böhm. Westbahn 204⅜. Elisabethb. 170. Nordwestb. 153¾. Galizier 233½. Franzosen*) 238. Lombarden*) 75¼. Italiener —. 1877er Russen 91¼. II. Orientanl. 57. Zentr.-Pacific 110¾. Diskonto-Kommandit —. Elbthalbahn —. Neue 4proz. Russen —.

4prozent. Obligationen der Stadt Stockholm —. Lothringer Eisenwerke —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 241⅜. Franzosen 238⅛, Galizier —, ungar. Goldrente 92 3/16, II. Orientanleihe —, 1860er Loose —, III. Orientanleihe —, Lombarden —, Schweizer. Zentralbahn —, Mainz-Ludwigshafen —, 1877er Russen —, Böhm. Westb. —.

*) per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 14. Novber. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 243, Franzosen 239¼, Lombarden 75¾, 1860er Loose 121⅝, Galizier 234½, österreich. Goldrente 74⅞, ungarische Goldrente 92⅜, II. Orientanleihe 57¼, österr. Silberrente 62⅞, Papierrente 62¼, III. Orientanl. —, 1877er Russen 91⅝. Meininger Bank —. Sehr fest.

Wien, 13. Novbr. (Schluß-Course.) Schwach, die Course wurden durch die Geschäftslosigkeit in Folge der Feiertage gedrückt, Tendenz ruhig.

Papierrente 72,20. Silberrente 73,20. Oesterr. Goldrente 87,00, Ungarische Goldrente 107,30. 1854er Loose 122,00. 1860er Loose 131,00. 1864er Loose 171,75. Kreditloose 177,70. Ungar. Prämienl. 109,20. Kreditaktien 281,50. Franzosen 277,75. Lombarden 88,00. Galizier 271,50. Kasch.-Oderb. 129,50. Pardubitzer —,—. Nordwestbahn 178,00. Elisabethbahn 197,50. Nordbahn 2445,00. Oesterreich-ungar. Bank —,—. Türk. Loose —,—. Unionbank 109,40. Anglo-Austr. 116,60. Wiener Bankverein 145,80. Ungar. Kredit 252,75, Deutsche Plätze 57,35. Londoner Wechsel 117,35. Pariser do. 46,25. Amsterdamer do. 96,85. Napoleons 9,36½. Dukaten 5,61. Silber 100,00. Marknoten 58,00. Russische Banknoten 1,18½. Lemberg-Czernowitz 165,50. Kronpr.-Rudolf 163,70. Franz-Josef 172,00.

Paris, 13. Novber. (Schluß-Course.) Fest.

3proz. amortisirb. Rente 87,45, 3proz. Rente 85,60, Anleihe de 1872 119,20, Italienische 5 proz. Rente 87,35, Oesterr. Goldrente 74⅝. Ungar. Goldrente 94, Russen de 1877 95⅛, Franzosen 600,00, Lombardische Eisenbahn-Aktien 188,75, Lomb. Prioritäten 271,00. Türken de 1865 10,37½, 6proz. rumänische Rente 92.

Credit mobilier 643,00, Spanier exter. 20⅞, do. inter. 19 13/16, Suezkanal-Aktien —, Banque ottomane 526,00, Societe gen. 582,00, Credit foncier 1337,00, Egypter 329,00, Banque de Paris 1135,00, Banque d'escompte 817,00, Banque hypothecaire 615,00, III. Orientanleihe 57½, Türkenloose 31,00. Londoner Wechsel 25,29½.

Newyork, 13. Novbr. (Schlußkurse.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 80½ C. Wechsel auf Paris 5,25⅝. 5pCt. fund. Anleihe 101⅛, 4pCt. fundirte Anleihe von 1877 110⅝, Erie-Bahn 42¾, Central-Pacific 113⅞, Newyork Centralbahn 136⅞, Chicago-Eisenbahn 137.

Produkten-Course.

Köln, 13. Novber. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 22,50, fremder loco 23,50, pr. November 22,00, pr. März 22,40. Roggen loco 22,50, pr. November 20,95, pr. März 20,90. Hafer loco 15,00. Rüböl loco 30,00, pr. Oktober —, pr. Mai 29,70.

Hamburg, 13. November. (Getreidemarkt.) Weizen loko fest, auf Termine ruhig. Roggen loko fest, auf Termine ruhig. Weizen per November 202 Br., 201 Gd., per April-Mai 219 Br., 217 Gd. Roggen per November 208 Br., 206 Gd., per April-Mai 197 Br., 195 Gd. Hafer ruhig. Gerste still. Rüböl ruhig, loko 56, per Mai 58. Spiritus still, per November 51½ Br., per Dezember-Januar 50¼ Br., per Januar-Februar 50 Br., per April-Mai 50 Br. Kaffee ruhig, Umsatz — S. Petroleum matt, Standard white loko 10,00 Br., 10,10 Gd., per Dezember 10,00 Gd. — Wetter: Regen.

Bremen, 13. Novbr. Petroleum. (Schlußbericht.) weich. Standard white loco 10,10 bez. per Dezember 10,20 bez., pr. Januar-März 10,30 bez.

Produkten-Börse.

Berlin, 13. November. Wind: SW. Wetter: Regnerisch.

Weizen per 1000 Kilo loko 185—235 M. nach Qualität gefordert., f. weißer Uckerm. — M. ab Bahn bez., gelber — — M. ab Bahn bez., weißb. Poln. — M. ab Bahn bezahlt, per November — — bez., per Novbr.-Dez. — — bez., per Dez.-Januar — bez., per April-Mai 217—216½ M. bez., Mai-Juni 218—319½ M. bez. Gekündigt 2000 Ztr. Regulirungspreis 211½ M. — Roggen per 1000 Kilo loko 212—222 M. nach Qualität gefordert, russischer — ab Kahn bez., inländischer 212—218 M. ab Bahn bez., feiner — M. ab Bahn bez., defekt. m. stark. Ausw. — M. ab Bahn bez., per November 216½ bis 216 bez., per November-Dezember 214½—213½—214 bez., per Dezember-Januar 213½—213—212½ bez., per Jan.-Febr. — bez., per April-Mai 206½ bis 198—197½ M. bez., Mai-Juni 203—202 M. bez., per Juni-Juli 198—197½ bez. Gekündigt 2000 Ztr. Regulirungspreis 216 M. bez. — Gerste per 1000 Kilo loko 145—200 nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko 150—170 nach Qualität gefordert, russischer 151—156 bez., ost- und westpreußischer 152—157 bez., pommerscher und mecklenburgischer 157 bis 159 bez., schlesischer 153—157 bez., böhmischer 153—157 bez., per November 152 M., per November-Dezember — M. bez., per April-Mai 154—154½ bez. Gekündigt 1000 Ztr. Regulirungspreis 154½ bezahlt. — Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 200—215 M., Futterwaare 185—196 M. — Mais per 1000 Kilo loko 143—146 n. nach Qualität gef., per April-Mai 140½ bis 39 bez., per November 142½ M., per Dezember 144 M., per Januar 145 M. bez., rumänischer — ab Bahn bez., amerikanischer — ab B. bez. Gekündigt 3000 Ztr. 143 M. — Weizenmehl per 100 Kilo brutto 00: 31,50 bis 30,00 M., 0: 30,00—29,00 M., 0/1: 29,00 bis 28,00 M. — Roggenmehl inkl. Sack 0: 30,50 bis 29,00 M., 0/1: 29,00 bis 28,00 M., per November 29,15 bez., per November-Dezember 29,15 bez., per Dezember-Januar 29,20—25,25 bez., per Januar-Februar 29,30—29,35 bez., per Februar-März — M. bezahlt, per April-Mai 29,35 bez., Mai-Juni 29,05 M. bezahlt. Gekündigt — Ztnr. Regulirungspreis — M. — Oelsaat per 1000 Kilo Winterraps — M. Winterrübsen — M. — Rüböl per 100 Kilo loko ohne Faß 54,5 M., flüssig — M., mit Faß 54,8 M., November 54,7 bez., per Nov.-Dez. 54,7 bez., per Dez.-Januar 54,7 bez., per Januar-Februar — bez., per Februar-März — bez., per April-Mai 57,1—57,0 bez., Mai-Juni 57,4 bez. Gekündigt — Ztr. Regulirungspreis — M. — Leinöl per 100 Kilo loko 67,0 M. — Petroleum per 100 Kilo loko 30,5 bez., November 30,0 bez., per November-Dezember 30,0 bez., per Dezbr.-Januar 30,0—29,9 bez., per Januar — bez., per Januar-Februar 30,3 bez., per Februar-März — bez., per April-Mai — bez. Gekündigt. — Ztr. Regulirungspreis — M. — Spiritus per 100 Liter loko ohne Faß 58,8 bez., per November 57,9—58,1 bez., per November-Dezember 57,0—57,3 bez., per Dezember-Januar — bez., per Januar-Februar — bez., Februar-März — bez., per April-Mai 58,2—58,4 bez., per Mai-Juni 58,4—58,6 bez. Gekündigt — Liter. Regulirungspreis — M. bez. (Berl. Börs.-Ztg.)

Bromberg, 13. November 1880. [Bericht der Handelskammer.]

Weizen: unv., hochbunt und glasig 200—220 Mark, abfall. Qualität 170—190 Mark — Roggen: fest feiner, loco inländischer 200—205 Mk., geringe Qualität 175—190 Mark. — Gerste: Brauwaare 160—170 M., große 150—160 Mark, kleine 135—145 Mk — Hafer: loco 140—150 Mark. — Erbsen: Kochwaare 185—195 M. Futterwaare 175—180 Mark — Mais: Rübsen: Raps: ohne Handel. — Spiritus pro 100 Liter à 100 pCt. 55,25—55,75 M. — Rubelcours: 204,50 Mk.

Stettin, 13. November. (An der Börse.) Wetter: Trübe und regnig. + 7 Grad R. Barometer 28, 1. — Wind: SW.

Weizen matter, per 1000 Kilo loko gelber 200—209 M., geringer 180—194 M., weißer 200—211 Mk., per November 211 M. nom., per Frühjahr 213,5 M. bez. — Roggen matter, per 1000 Kilo loko inländischer 200—210 M., Libauer Abladung 117/8 Pfd. 201 M. cif. tr. Gd., per November 211—210 M. bz, per November-Dezember — M. bez., per Frühjahr 203,5—203 Mk. bez., per Mai-Juni 200,5—200 M. bez. — Gerste flau, pr. 1000 Kilo loco geringe 140—160 M. Märk. und Oderbr. 154—162 M. — Hafer stille, per 1000 Kilo loko 140—151 M. bez. — Erbsen ohne Handel. — Mais per 1000 Kilo loko 145—147 M. — Winterrübsen per 1000 Kilo loko — M., per April-Mai 258 M. nom. — Rüböl stille, per 100 Kilo loko ohne Faß bei Kleinigkeiten 56,5 M. Br., per November 55 M. Br., per April-Mai 57 M. Br. — Spiritus behauptet, per 10,000 Liter pCt. loko ohne Faß 56,8 M. bez., per November 56,8 M. nom., per Novbr.-Dezember 56 M. Br. u. Gd., per Januar-Februar ohne Faß —, per Frühjahr 57,5 bez. Angemeldet: 1000 Ctr. Weizen. Regulirungspreise: Weizen 211 M., Roggen 210,6 M., Rüböl 55 M., Spiritus 56,8 M. — Petroleum loko 11,25—11,2—11,1 M. transf. bez. Regulirungspreis 11,1 Mark.

Heutiger Landmarkt: Weizen 210—215 M., Roggen 205—215 M., Gerste 153—165 M., Hafer 150—160 M., Erbsen 185—195 M., Kartoffeln 42—51 M., Heu 3—3,5 M., Stroh 36—39 M.

Berlin, 13. November. Obschon die heutigen Notirungen wenig von den gestrigen abwichen, zeigte sich die Stimmung im Allgemeinen sehr schwach. Die geschäftliche Thätigkeit war auf das Aeußerste eingeschränkt und wenn man gestern noch der Meinung sein konnte, daß die neueren Pariser Nachrichten auf die Gesammthaltung einen günstigen Einfluß üben würden, daß die Beendigung der französischen Minister-Krisis die Spekulation veranlassen würde, aus ihrer beobachtenden Stellung herauszutreten, so bewies der Verlauf des heutigen Geschäftes doch, daß die Verstimmung eine tiefergreifende ist und daß der Druck, unter dem die Börse gegenwärtig leidet, nicht so leicht zu heben ist. Auch heute entbehrte die Börse jedes animirteren Gepräges und die an den vorangegangenen Tagen ins Stocken gerathene Bewegung wollte nicht wieder in den Fluß kommen. Einen ungünstigen Einfluß übte auf das Börsengeschäft übrigens auch die gestrige Rede des Abgeordneten Richter, da man als Folge derselben, Hinausschieben der Verstaatlichung der Eisenbahnen in fernere Zeit voraussetzt. Von den internationalen Spekulationspapieren zeigten sich Franzosen behauptet, die Bahn hat in der jüngsten Woche wieder eine sehr günstige Mehr-Einnahme, nämlich ein Plus von 117,000 Gulden erzielt. Obgleich die Wiener Depeschen Courssteigerungen der österreichischen Bahnaktien meldeten, so lag hier das Geschäft in diesen Werthen sehr schwach und hatten hierzu Arbitrage-Aufträge, denen zufolge ein starkes Angebot hierher gelangt war, die Veranlassung gegeben. Im Anschluß hieran war auch die Stimmung für die einheimischen Bahn-Aktien eine sehr matte, und die Notirungen mußten meist nachgeben. Bank-Aktien und Industrie-Papiere blieben meist geschäftslos und die der Kapitalsanlage dienenden Werthe waren ganz vernachlässigt. — Geld stellte sich etwas knapper, da auf Frankfurt der dortigen Medio-regulirung wegen vermehrte Anforderungen gestellt wurden. Am offenen Markt bedangen feinste Briefe 3½ Prozent. Hessisch-rheinisches Bergwerk zog etwas an. — Per Ultimo notiren: Franzosen 479,50 bis 477—77,50, Lombarden 151,50—151, Kredit-Aktien 486,50—5,50 bis 486, Darmstädter Bank 151,40, Diskonto-Kommandit-Antheile 175,50—75,75, Deutsche Bank 146,30—6,20—6,30, Dortmunder Union 81,10—81,—81,25, Laurahütte 115,30—15—15,25. Der Schluß war schwach.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 13. November 1880.

Preußische Fonds- und Geld-Course.

Consol. Anleihe	4½	104,75 bz
do. neue 1876	4	99,90 bz
Staats-Anleihe	4	99,90 bz
Staats-Schuldsch.	3½	98,50 bz
Od.-Deichb.-Obl.	4½	
Berl. Stadt-Obl.	4½	103,60 G
do. do.	3½	94,50 bz
Schldv. d. B. Kfm.	4½	
Pfandbriefe:		
Berliner	5	107,20 G
do.	4½	102,80 G
Landsch. Central	4	99,25 bz
Kur- u. Neumärk.	3½	94,00 bz
do. neue	3½	91,50 bz
do.	4	99,25 bz
do. neue	4½	
N. Brandbg. Kred.	4	
Ostpreußische	3½	89,30 bz
do.	4	98,80 bz
do.	4½	100,50 G
Pommersche	3½	89,10 G
do.	4	99,00 B
do.	4½	102,20 bz
Posensche, neue	4	99,20 bz
Sächsische	4	
Schlesische altl.	3½	
do. alte A.	4½	
do. neue I.	4	
Westpr. rittersch.	3½	90,00 bz
do.	4	99,00 G
do.	4½	
do. II. Serie	5	
do. neue	4	
do.	4½	102,30 G
Rentenbriefe:		
Kur- u. Neumärk.	4	99,80 B
Pommersche	4	99,70 bz
Posensche	4	99,30 bz
Preußische	4	99,70 B
Rhein- u. Westfäl.	4	99,75 bz
Sächsische	4	100,00 G
Schlesische	4	100,00 G
20-Frankstücke		16,15.5 bz
do. 500 Gr.		
Dollars		4,20.5 bz
Imperials		
do. 500 Gr.		
Engl. Banknoten		20,35.5 bz
do. einlösb. Leipz.		
Französ. Banknot.		80,45 bz
Oesterr. Banknot.		172,55 bz
do. Silbergulden		
Russ. Noten 100 Rbl.		204,55 bz

Deutsche Fonds.

Dtsch. Reichs-Anl.	4	100,00 bz
P.-A. v. 55 a 100 Th.	3½	148,90 bz
Hess. Prsch. a 40 Th.	—	284,50 bz
Bad. Pr.-A. v. 67.	4	133,00 bz
do. 35 fl. Oblig.	—	172,70 bz
Bair. Präm.-Anl.	4	134,50 G
Braunsch. 20 thl.-L.	—	97,30 bzG
Brem. Anl. v. 1874	4	99,30 G
Cöln-Md.-Pr.-Anl.	3½	131,50 bzG
Dess. St.-Pr.-Anl.	3½	126,00 bzG
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	119,75 bz
do. II. Abth.	5	117,90 bz
Hb. Pr.-A. v. 1866	3	186,50 bz
Lübecker Pr.-Anl.	3½	183,10 bz
Meckl. Eisenbhanl.	3½	91,50 bz B
Meininger Loose	—	26,00 bzG
do. Pr.-Pfdbr.	4	123,25 bz
Oldenburger Loose	3	151,90 bz
D.-G.-C.-B.-Pf. 110	5	106,10 G
do. do.	4½	101,75 G
Dtsch. Hypoth. unk.	5	100,60 bzG
do. do.	4½	101,50 G
Mein. Hyp.-Pf.	4½	101,00 G
Nrdd. Grdkr.-H.-A.	5	99,25 G
do. Hyp.-Pfdbr.	5	
Pomm. H.-B. I. 120	5	105,25 G
do. II. IV. 110	5	101,50 bz
Pomm. III. rkz. 100	5	99,25 bz
Pr. B.-C.-H.-Br. rz.	5	107,00 G
do. do. 100	5	102,40 bz
do. do. 115	4½	103,00 G
Pr. C.-B.-Pfdbr. kd.	4½	102,90 B
do. unk. rückz. 110	5	
do. (1872 u. 74)	4½	
do. (1872 u. 73)	5	
do. (1874)	5	
Pr. Hyp.-A.-B. 120	4½	104,00 B
do. do. 110	5	105,00 G
Schles. Bod.-Cred.	5	103,70 G
do. do.	4½	103,75 G
Stettiner Nat.-Hyp.	5	
do. do.	4½	100,50 bzG
Kruppsche Obligat.	5	107,70 bz

Ausländische Fonds.

Amerik. rkz. 1881	6	
do. do. 1885	6	
do. Bds. (fund.)	5	100,25 bzG
Norweger Anleihe	4½	
Newyork. Std.-Anl.	6	123,30 G
Oesterr. Goldrente	4	74,75 bz
do. Pap.-Rente	4½	62,10 B
do. Silber-Rente	4½	62,80 bz
do. 250 fl. 1854	4	
do. Cr. 100 fl. 1858	—	
do. Lott.-A. v. 1860	5	121,60 bz
do. do. v. 1864	—	310,50 G
Ungar. Goldrente	6	92,25 G
do. St.-Eisb.-Akt.	5	88,50 bz
do. Loose	—	214,10 G
do. Schatzsch. I.	6	
do. do. kleine	6	
do. do. II.	6	
Italienische Rente	5	
do. Tab.-Oblg.	6	
Rumänier	8	107,90 B
Finnische Loose	—	49,10 bz
Russ. Centr.-Bod.	5	77,50 G
do. Engl. A. 1822	5	
do. do. A. v. 1862	5	88,30 G
Russ. fund. A. 1870	5	88,80 bz
Russ. consl. A. 1871	5	
do. do. 1872	5	
do. do. 1873	5	
do. do. 1877	5	91,50 B
do. do. 1880	4	70,75 bz
do. Boden-Credit	5	Verloos.
do. Pr.-A. v. 1864	5	139,50 bz
do. do. v. 1866	5	136,80 bzB
do. 5. A. Stiegl.	5	
do. 6. do. do.	5	
do. Pol. Sch.-Obl.	4	
do. do. kleine	4	
Poln. Pfdbr. III. E.	5	62,50 bzB
do. do.	4	
do. Liquidat.	4	54,50 bz
Türk. Anl. v. 1865	5	10,40 B
do. do. v. 1869	6	
do. Loose vollgez.	3	

*) Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 T.	168,30 bz
do. 100 fl. 2 M.	167,60 bz
London 1 Lstr. 8 T.	20,35.5 bz
do. do. 3 M.	20,25.5 bz
Paris 100 Fr. 8 T.	80,45 bz
Blg. Bkpl. 100 F. 3 T.	
do. do. 100 F. 2 M.	
Wien öst. Währ. 8 T.	172,10 bz
Wien. öst. Währ. 2 M.	171,15 bz
Petersb. 100 R. 3 W.	203,75 bz
do. 100 R. 3 M.	201,25 bz
Warschau 100 R. 8 T.	203,80 bz

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 4, für Lombard 5 pCt., Bankdiskonto in Amsterdam 3, Bremen —, Brüssel 3, Frankfurt a. M. 4½, Hamburg —, Leipzig —, London 2½, Paris 3½, Petersburg 6, Wien 4 pCt.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Badische Bank	4	107,50 G
Bk. f. Rheinl. u. Westf.	4	38,75 bz
Bk. f. Sprit- u. Pr.-H.	4	48,25 G
Berl. Handels-Ges.	4	100,75 bzG
do. Kassen-Verein.	4	172,50 G
Breslauer Disk.-Bk.	4	95,75 G
Centralbk. f. B.	4	5,25 B
Centralbk. f. I. u. H.		
Coburger Credit-B.	4	88,50 bz
Cöln. Wechslerbank	4	95,75 bz
Danziger Privatb.	4	112,00 G
Darmstädter Bank	4	151,40 bz
do. Zettelbank	4	106,50 G
Dessauer Creditb.	4	83,00 G
do. Landesbank	4	117,00 G
Deutsche Bank	4	146,20 bzG
do. Genossensch.	4	116,00 G
do. Hyp.-Bank.	4	92,75 B
do. Reichsbank.	4½	146,60 bzG
Disconto-Comm.	4	175,50 bz
Geraer Bank	4	89,10 bzG
do. Handelsb.	4	56,80 G
Gothaer Privatbk.	4	102,50 G
do. Grundkredb.	4	90,10 B
Hypothek (Hübner)	4	
Königsb. Vereinsb.	4	103,50 G
Leipziger Creditb.	4	149,00 bzB
do. Discontob.	4	103,30 bzG
Magdeb. Privatb.	4	112,50 bz
Meckl. Bodencred.	fr.	65,00 G
do. Hypoth.-B.	4	78,50 bzG
Meining. Creditbk.	4	94,50 G
do. Hypothekenbk.	4	90,60 G
Niederlausitzer Bank	4	98,75 G
Norddeutsche Bank	4	168,00 G
Nordd. Grundkredit	4	45,50 G
Oesterr. Kredit	4	
Petersb. Intern. Bk.	4	94,00 G
Posen. Landwirthsch.	4	72,00 G
Posener Prov.-Bank	4	116,90 B
Posener Spritaktien	4	51,00 G
Preuß. Bank-Anth.	4½	
do. Bodenkredit	4	93,90 bzG
do. Centralbdn.	4	129,75 G
do. Hyp.-Spielh.	4	98,25 bzG
Produkt.-Handelsbk.	4	80,90 bzG
Sächsische Bank	4	119,75 G
Schaaffhaus. Bankv.	4	92,50 bzG
Schles. Bankverein	4	107,25 bzG
Südd. Bodenkredit	4	132,50 bzG

Industrie-Aktien.

Brauerei Patzenhof.	4	163,50 bz
Dannenb. Kattun.	4	
Deutsche Bauges.	4	64,00 G
Dtsch. Eisenb.-Bau	4	4,60 bz
Dtsch. Stahl- u. Eis.	4	
Donnersmarckhütte	4	62,30 bzG
Dortmunder Union	4	11,50 G
Egells Masch.-Akt.	4	25,10 bzG
Erdmannsd. Spinn.	4	
Floraf. Charlottenb.	4	
Frist u. Roßm. Näh.	4	56,50 B
Gelsenkirch.-Bergw.	4	125,00 G
Georg-Marienhütte	4	92,50 G
Hibernia u. Shamr.	4	98,60 bz
Immobilien (Berl.)	4	80,00 B
Kramsta, Leinen-F.	4	95,00 B
Lauchhammer	4	35,00 bzG
Laurahütte	4	115,50 bz
Luise Tiefb.-Bergw.	4	62,60 G
Magdeburg. Bergw.	4	125,00 B
Marienhüt. Bergw.	4	61,00 G
Menden u. Schw. B.	4	73,00 bzB
Oberschl. Eis.-Bed.	4	47,40 G
Ofsend	4	
Phönix B.-A. Lit. A	4	87,80 bzB
Phönix B.-A. Lit. B	4	48,25 G
Redenhütte cons.	4	
Rhein.-Nass. Bergw.	4	79,00 bzB
Rhein.-Westf. Ind.	4	
Stobwasser Lampen	4	23,90 B
Unter den Linden	4	6,00 bzG
Wöhlert Maschinen	4	31,90 bzG

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	4	29,50 bzG
Altona-Kiel	4	157,00 bzG
Bergisch-Märkische	4	116,00 bzG
Berlin-Anhalt	4	121,50 bzG
Berlin-Dresden	4	19,00 bzB
Berlin-Görlitz	4	20,10 bzG
Berlin-Hamburg	4	232,25 bz
Bresl.-Schw.-Frbg.	4	110,75 bz
Hall.-Sorau-Guben	4	21,30 G
Märkisch-Posener	4	27,25 bz
Magdeburg-Leipzig	4	
do. do. Lit. B.	4	
Nordhausen-Erfurt	4	28,20 bz
Oberschl. Lit. A u. C.	3½	201,90 bz
do. Lit. B.	3½	166,50 bz
Ostpreuß. Südbahn	4	43,25 bz
Rechte Oderuferb.	4	151,75 G
Rhein-Nahebahn	4	20,60 bzB
Stargard-Posen	4½	102,40 bz
Thüringische	4	177,40 bzG
do. Lit. B. v. St. gar.	4	99,25 G
do. Lit. C. v. St. gar.	4½	104,40 bz
Ludwigsh.-Berbach	4	202,40 bz
Mainz-Ludwigsh.	4	96,10 bzG
Weimar-Geraer	4½	49,90 bzB
Albrechtsbahn	5	30,60 bz
Amsterd.-Rotterd.	4	128,50 bz
Aussig-Teplitz	4	215,50 B
Böhm. Westbahn	5	101,90 bzG
Brest-Grajewo	5	
Dux-Bodenbach	4	86,10 bz
Elisabeth-Westbahn	5	84,50 bz
Kais. Franz Joseph	5	73,75 bz
Gal. (Karl Ludwig.)	5	117,25 bz
Gotthard-Bahn 80%	6	48,75 bzG
Kaschau-Oderberg	5	55,50 bz
Lüttich-Limburg	4	12,50 bz
Oestr.-frz. Staatsb.	5	
do. Nordw.-B.	5	305,50 bz
do. Litt. B.	5	353,00 bzB
Reichenb.-Pardubitz	4½	59,00 bz
Kronpr. Rud.-Bahn	5	69,90 bz
Rjask-Wyas	5	
Rumänier	3½	53,75 G
do. Certifikate	4	53,75 G
Russ. Staatsbahn	5	128,00 bz
do. Südwestbahn	5	59,00 bzG
Schweizer Unionb.	4	25,20 bzB
Schweizer Westbahn	4	22,50 bzB
Südösterr. (Lomb.)	4	
Turnau-Prag	4	87,80 bzB
Warschau-Wien	4	268,50 bz

Eisenbahn-Stammprioritäten.

Berlin-Dresden	5	52,90 bzG
Berlin-Görlitzer	5	81,75 bzB
Halle-Sorau-Gub.	5	96,60 bz
Märkisch-Posen	5	102,10 G
Marienb.-Mlawka	5	86,75 bzG
Münster-Entschede	5	18,00 bzG
Nordhausen-Erfurt	5	94,50 bzG
Oberlausitzer	5	47,25 G
Oels-Gnesen	5	37,80 bz
Ostpreuß. Südbahn	5	92,00 bzB
Posen-Creuzburg	5	70,60 G
Rechte Oderuf.-Bahn	5	150,00 bz
Rumänische	5	
Saalbahn	8	
Saal-Unstrutbahn	3	
Tilsit-Insterburg	5	
Weimar-Geraer	5	34,75 bzG

Staatsbahn-Aktien.

Brl.-Potsd.-Magd.	4	99,60 bzG
Berlin-Stettin	4½	115,25 bzG
Cöln-Minden	6	147,10 bz
Magd.-Halberstadt	6	147,40 bz
Mgd.-Halbst. B. abg.	3½	87,80 bzG
do. B. unabg.	3½	88,20 bzG
do. C. do. abg.	5	122,30 G
Münster-Hamm	4	
Niederschl.-Märk.	4	99,50 G
Rhein. St.-A. abg.	6½	158,75 bzB
do. neue 40 proc.	5	152,30 bzG
do. Lit. B. gar.	4	98,90 B

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Aach.-Mastricht	4½	100,50 G
do. do. II.	5	101,25 G
do. do. III.	5	100,70 G
Berg.-Märkische I.	4½	102,00 G
do. II.	4½	102,00 G
do. III. v. St. g.	3½	90,70 bz
do. do. Litt. B.	3½	90,70 bz
do. do. Litt. C.	3½	88,50 G
do. IV.	4½	
do. V.	4½	102,20 B
do. VI.	4½	103,25 G
do. VII.	4½	102,10 G
Aachen-Düsseldf. I.	4	98,80 B
do. do. II.	4	98,80 B
do. do. III.	4½	
do. Düss.-Elb.-Pr.	4	99,25 B
do. do. II.	4½	101,75 B
do. Dortm.-Soest	4	
do. do. II.	4½	
do. Nordb. Fr. W.	5	102,20 G
do. Ruhr-Cr.-K.	4½	
do. do. II.	4	
do. do. III.	4½	
Berlin-Anhalt I.	4½	102,25 G
do. II.	4½	102,25 G
do. Litt. B.	4½	102,25 G
Berlin-Görlitz	4½	
do. do. Litt. B.	4½	101,10 G
Berlin-Hamburg	4	99,10 G
do. do. II.	4½	102,50 bz
do. do. III.	5	
Brl.-Ptsd.-M. A. B.	4	99,25 B
do. do. C.	4	99,25 B
do. do. D.	4½	102,80 G
do. do. E.	4½	101,50 B
Berlin-Stettin I.	4½	
do. do. II.	4	99,25 G
do. do. III.	4	99,25 G
do. IV. v. St. g.	4½	99,25 G
do. VI. do.	4	
do. VII.	4½	
Bresl.-Schw.-Freib.	4½	
do. do. Litt. G.	4½	
do. do. Litt. H.	4½	102,00 B
do. do. Litt. I.	4½	102,00 B
do. do. 1876	5	105,50 G
Cöln-Minden IV.	4	99,50 G
do. do. V.	4	99,50 G
do. do. VI.	4½	101,30 bzG
Halle-Sorau-Guben	4½	102,75 G
do. do. C.	4½	102,75 G
Hannov.-Altenbk. I.	4½	
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Märkisch-Posener	4½	102,00 bzB
Magd.-Halberstadt	4½	101,30 G
do. do. de 1865	4½	101,50 B
do. do. de 1873	4½	101,30 G
do. Leipz. A.	4½	102,60 G
do. do. B.	4	99,30 G
do. Wittenberge	4½	
do. do.	3	
Niederschl.-Märk. I.	4	99,90 bzG
do. II. a 62½ thlr.	4	99,50 bz
do. Obl. I. u. II.	4	99,90 G
do. do. III conv.	4	99,90 G
Oberschlesische A.	4	
Oberschlesische B.	3½	90,10 bz
do. C.	4	99,10 bz
do. D.	4	99,10 bz
do. E.	3½	91,50 bzB
do. F.	4½	102,10 G
do. G.	4½	
do. H.	4½	102,75 B
do. v. 1869	4½	
do. v. 1873	4	
Oberschles. v. 1874	4½	102,00 G
Brieg-Neisse	4½	
do. Cos.-Oderb.	4	
do. do.	5	
do. Nied.-Zwgb.	3½	
do. Starg.-Pos.	4	
do. do. II.	4½	102,00 G
do. do. III.	4½	102,00 G
Ostpreuß. Südbahn	4½	101,30 G
do. Litt. B.	4½	
do. Litt. C.	4½	
Rechte-Oder-Ufer	4½	102,00 G
Rheinische	4	
do. v. St. gar.	3½	
do. v. 1858, 60	4½	152,00 bz
do. v. 1862, 64	4½	102,00 bz
do. v. 1865	4½	102,00 bz
do. 1869, 71, 73	4½	102,00 bz
do. v. 1874, 77	4½	102,00 bz
Rh.-Nahe v. St. g.	4½	101,50 G
do. II. do.	4½	101,50 G
Schlesw.-Holstein	4½	
Thüringer I.	4	99,40 bz
do. II.	4½	
do. III.	4	99,40 bz
do. IV.	4½	104,00 G
do. VI.	4½	103,00 G

Ausländische Prioritäten.

Elisabeth-Westbahn	5	85,30 bzG
Gal. Karl-Ludwig I.	5	89,80 G
do. do. II.	5	88,00 G
do. do. III.	5	87,50 G
do. do. IV.	5	87,10 B
Lemberg-Czernow. I.	5	78,00 bzG
do. II.	5	82,00 bzG
do. III.	5	77,70 bzG
do. IV.	5	77,00 bzG
Mähr.-Schl. C.-B.	fr.	29,30 bzG
Mainz-Ludwigsb.	5½	
do. do.	3	
Oesterr.-Frz.-Stsb.	3	374,75 bz
do. Ergänzsb.	3	365,25 bz
Oesterr.-Frz.-Stsb.	5	103,70 bzG
do. II. Em.	5	103,70 bzG
Oesterr. Nordwest.	5	86,40 bz
Oest. Nrdwstb. Lit. B	5	85,80 G
do. Geld-Priorit.	5	
Kaschau-Oderb. gar.	5	74,80 bzG
Kronpr. Rud.-Bahn	5	81,60 bzG
do. do. 1869	5	80,30 G
do. do. 1872	5	80,10 G
Rab-Graz Pr.-A.	4	90,75 bzB
Reichenb.-Pardubitz	5	80,80 G
Südösterr. (Lomb.)	3	266,40 bzG
do. do. neue	3	266,40 bzG
do. do. 1875	6	
do. do. 1876	6	
do. do. 1877	6	
do. do. 1878	6	
do. do. Oblig.	5	94,60 bz
Brest-Grajewo	5	86,50 B
Charkow-Asow g.	5	95,50 G
do. in Lstr. a 20.40	5	90,00 bz
Chark.-Krementsch.	5	93,75 G
Jelez-Orel, gar.	5	95,30 bzG
Koslow-Woron. gar	5	98,40 bzG
Koslow-Woron. Ob.	5	85,00 bz
Kursk-Chark. gar.	5	95,80 bz
K.-Chark.-As. (Obl.)	5	85,80 bz
Kursk-Kiew, gar.	5	99,75 bzG
Losowo-Sewast.	5	81,75 bz
Mosko-Rjäsan	5	103,40 B
Mosk.-Smolensk	5	97,40 bz
Schuja-Iwanow.	5	97,00 bz
Warschau-Teresp.	5	96,50 bz
do. kleine	5	96,50 G
Warschau-Wien II.	5	103,00 B
do. III.	5	102,50 G
do. IV.	5	101,20 bz
Zarskoe-Selo	5	

Druck und Verlag von W. Decker u. Co. [E. Röstel.] in Posen.